

BLICKPUNKT BUNDESTAG

www.blickpunkt-bundestag.de



August 6/2005
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

Auf dem Weg
zu vorgezogenen Neuwahlen

Umdenken und durchstarten

Im Heft: Jugendmagazin Glasklar
Wählen – Die Wahl zum Deutschen Bundestag



EDITORIAL



Stefan Thomas.

Liebe Leserin, lieber Leser,

eigentlich hätte die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag erst in 17 Monaten stattfinden sollen. Was uns jetzt bevorsteht, nennt sich „vorgezogene Neuwahl“. BLICKPUNKT BUNDESTAG fragt nach, was dies für die Abgeordneten bedeutet und wie sie damit umgehen.

Unser **Streitgespräch** zwischen Günter Nooke (CDU/CSU) und Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) geht noch einmal auf den Auslöser – die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers – zurück und stellt die Frage: Sollte es ein Selbstauflösungsrecht des Parlaments geben?

Auch unsere zweite Ausgabe von **GLASKLAR** in der Mitte dieses Heftes befasst sich mit der kommenden Wahl. Ansprechen möchten wir besonders die jüngeren Wählerinnen und Wähler und sie davon überzeugen, wie wichtig es für jeden Einzelnen ist, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen. Leider sind die Umfrageergebnisse

mit Bezug auf das Interesse an Politik und die Beteiligung an Wahlen bei den Jüngeren bisher nicht allzu positiv. Der Deutsche Bundestag möchte junge Menschen dazu motivieren, sich einzumischen und sich einzubringen.

Wer in einem der Häuser des Parlaments arbeitet, muss nicht seine „Stullen“ von daheim mitbringen und sich in der Mittagspause auf die Wiese setzen.

In unserer Rubrik **Menschen** schauen wir diesmal „auf die Teller“ und stellen die beiden Chefs der Pachtbetriebe vor, die für das leibliche Wohl der Beschäftigten des Bundestages sorgen. Eines dieser Restaurants ist im Übrigen auch für alle Besucher des Reichstagsgebäudes zugänglich. Es befindet sich am Fuße der Kuppel und ist nicht nur wegen des Ausblicks über die Hauptstadt sehr gefragt.

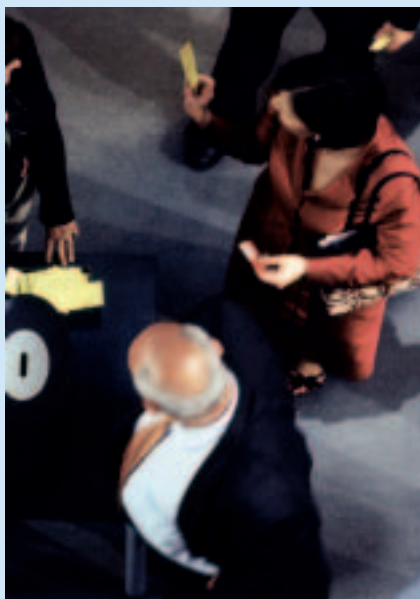
Mögen Sie Sport? Zum Beispiel Fußball, oder Beach-Volleyball? Oder sind Sie ein begeisterter Fan des Motorsports? Bei diesen Sportarten werden Sie bald auch an den Deutschen Bundestag denken. Weshalb? Warten Sie es ab.

Übrigens, nicht vergessen:

Am 18. September wird gewählt – auch in Ihrer Nähe!

I N H A L T

Titelfoto: Blick in den Plenarsaal des Bundestages während der Debatte zur Vertrauensfrage am 1. Juli.



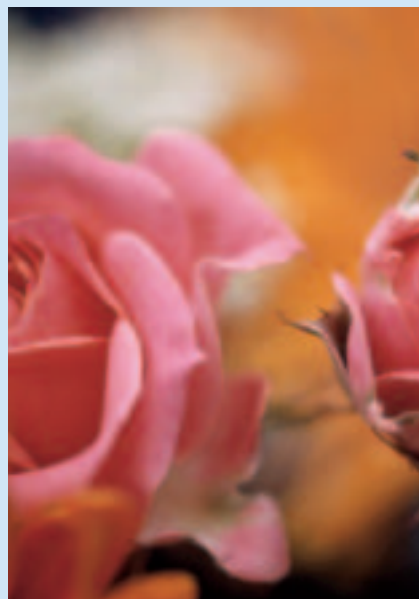
Titel

- 4 Umdenken und durchstarten
Auf dem Weg zu vorgezogenen Neuwahlen



Details

- 14 Ablagen



Menschen

- 17 Leib und Seele zusammenhalten
Die Restaurantchefs Stefan Czernoch und Jan Becker

Essay

- 3 Die unendliche Geschichte der Rechtschreibreform
Von Jutta Limbach

Titel

- 9 Chronik
Auf dem Weg zu Neuwahlen – Auflösung des Bundestages

Tagesläufe

- 10 Die sollen wissen, was ich mache
Bettina Hagedorn, SPD

Inkognito

- 16 Das letzte Wort hat Frau Ministerin

Debatte

- 20 Welche Marktwirtschaft brauchen wir?
Forum: Wirtschaftskultur

- 26 Kein Vertrauen in die Vertrauensfrage?
Streitgespräch:
Auflösung des Parlaments



Panorama

- 29 Bekanntschaften
Begegnungen im Parlamentsviertel
- 30 Drei Fragen an Abgeordnete
Helga Daub, FDP, antwortet
- 30 Buchtipp
Von Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen
- 31 Doppelpass zwischen den Fraktionen
Report: Die Elf vom FC Bundestag
- 32 Kann die Politik etwas gegen falsche Ernährung tun?
Experten: Ursula Heinen, CDU/CSU

Dieser Ausgabe von **BLICKPUNKT BUNDESTAG** liegt das Jugendmagazin **GLASKLAR** bei:
Wählen – die Wahl zum Deutschen Bundestag

Ein Essay von Jutta Limbach

Die Streitgeschichte der Rechtschreibreformen lehrt, dass man Sprache besser nicht administrieren sollte. Auch nicht die Schriftsprache. Zwar ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Orthographie im Interesse der Einheitlichkeit Gegenstand schulbehördlicher Anordnungen. Doch noch jedes der bisherigen amtlichen Regelwerke wurde zu einer schweren Geburt und hatte die heftigsten Nachwehen zur Folge. Vor allem die Versuche, verändernd in den Schreibgebrauch einzugreifen, lösten heftigen Widerstand aus. Einige der Regelwerke sind schließlich an der mangelnden Gefolgschaft gescheitert.

Die Kultusminister waren also vorgewarnt. Gleichwohl ließen sie sich auf das Wagnis einer neuerlichen Reform ein. Sie sahen wohl nicht voraus, dass in der Mediengesellschaft der Kampf um das ß und das Getrenntschreiben erst richtig heiß werden und der Kultusministerkonferenz das Sterbeglöckchen geläutet werden würde.

Auch die Hoffnung, dass das Bundesverfassungsgericht den Kulturministern und -ministerinnen das Handwerk legen werde, erfüllte sich nicht. Dieses sah den Staat nicht von Verfassungswegen gehindert, die richtige Schreibweise der deutschen Sprache für den Unterricht in Schulen zu regeln. Schließlich benötigten Lehrer wie Schüler sichere und verbindliche Grundlagen für richtiges Lehren und Lernen der deutschen Schriftsprache sowie zuverlässige Maßstäbe für die Benotung. Selbst gestaltende Eingriffe in die Schriftsprache begegnen im Grundgesetz keinem generellen Verbot. Das Gericht wies die Verfassungsbeschwerde der Eltern zurück, weil es weder das elterliche Erziehungsrecht noch das allgemeine Persönlichkeitsrecht als verletzt ansah. Zum einen hätten die Eltern keinen ausschließlichen Erziehungsanspruch. Dieser konkurrierte in der Schule mit dem Erziehungsauftrag des Staates. Zum anderen sei die Rechtschreibreform nur für den Schulunterricht verbindlich. Angesichts der Geringfügigkeit der Änderungen werde die elterliche Erziehung, insbesondere die Kommunikation, nicht wesentlich beeinträchtigt.

Es war nicht Sache des Gerichts, die Notwendigkeit, den Nutzen, die Güte oder die Logik der Reform zu überprüfen. Dafür hält das Grundgesetz keine Maßstäbe parat. Diese Fragen zu beurteilen und zu entscheiden, ist Sache der Politik und der Fachwelt. Aber auch wenn der Staat – verfassungsrechtlich betrachtet – Schreibregeln für die Schule erlassen darf, ist es doch die Frage wert, ob er klug beraten ist anzuordnen, dass „Roheit“ künftig „Rohheit“ und „Schiffahrt“ künftig „Schiffahrt“ geschrieben werden soll. Die Sprache ist Bestandteil der Kultur eines Volkes. In seinem Beschluss zur Rechtschreibreform drückte der

Bundestag seine Überzeugung aus, dass sich die Sprache durch den Gebrauch seiner Bürgerinnen und Bürger ständig, behutsam und organisch weiterentwickle. „Mit einem Wort: Die Sprache gehört dem Volk.“

Zu Recht plädiert der Bundestag für ein Gremium, an dem alle jene beteiligt werden sollten, „die wegen ihrer beruflichen oder wissenschaftlichen Bezüge der Sprache besonders verpflichtet sind.“ Von der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung wie auch von Verbänden der Schriftsteller und Journalisten ist beispielsweise die Rede. Die Kultusministerkonferenz wäre gut beraten, wenn sie auf diese Vorschläge einginge und sich selbst der Eingriffe in die deutsche Schriftsprache enthielte.

Aber das ist Zukunftsmusik. Gegenwärtig wird das Spiel fortgesetzt und um neue Varianten bereichert. Statt für ein rasches Ende mit Schrecken hat sich die Kultusministerkonferenz für ein Schrecken ohne Ende entschieden: Zwar tritt zum 1. August – wie ursprünglich vorgesehen – die Neuregelung in Kraft, allerdings nur in Teilen. Und das auch nicht überall, Bayern und Nordrhein-Westfalen verlängern die Übergangsfrist um ein Jahr. Der beabsichtigte Ordnungsruf der Ministerprä-

sidenten der Länder fand nicht die notwendige Einstimmigkeit. Mit einem Moratorium von der Dauer eines Jahres wollten diese dem von der Kultusministerkonferenz einberufenen Rat für Rechtschreibung die Gelegenheit geben, die Reform zu reformieren. Wen wundert es, dass die Bürger und Bürgerinnen einmal mehr an der Funktionstüchtigkeit des bundesstaatlichen Systems zweifeln.

Die Reformgegner, die ihr Waffenarsenal einschließlich der in einigen Ländern möglichen Volksbegehren ausgeschöpft haben, suchen nunmehr Trost in der Maxime, dass die Ironie die beste Waffe der Vernunft ist. Sie loben die Rechtschreibreform als eine der gelungensten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Was einst als Argument gegen eine totale Rücknahme der Neuregelung der Schriftsprache ins Feld geführt wurde, nämlich der Neudruck aller Schul- und Rechtschreibbücher, wird jetzt eintreten. Hoffentlich hat die Kultusministerkonferenz die Chaosverträglichkeit ihrer Normadressaten nicht überschätzt.



FOTO: PICTURE-ALLIANCE




FOTO: GOETHE-INSTITUT

PROF. DR. JUTTA LIMBACH, Jahrgang 1934, ist seit 2002 Präsidentin des Goethe-Instituts Inter Nationes. Von 1994 bis 2002 war sie Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Zuvor amtierte sie von 1989 bis 1994 als Senatorin für Justiz des Landes Berlin.




Vorgezogene Neuwahlen

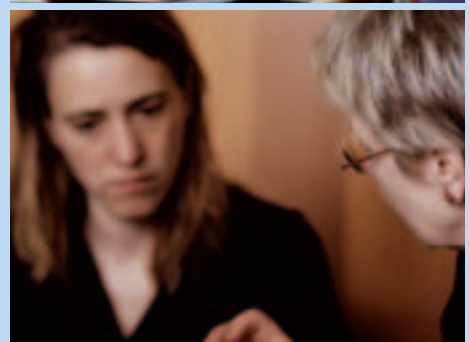
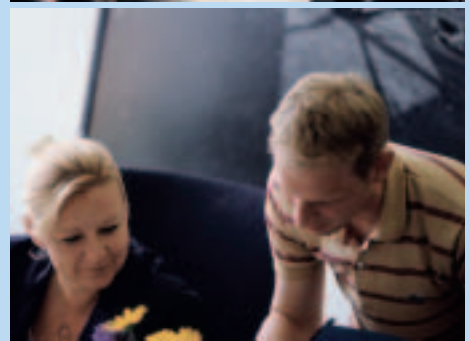
05



Seit dem 22. Mai scheint nichts mehr normal zu sein im Bundestag. Seit der Ankündigung des Kanzlers, über die Vertrauensfrage dem Bundespräsidenten den Weg zu vorgezogenen Neuwahlen zu eröffnen, bereiten sich die Abgeordneten 17 Monate vor dem turnusmäßigen Ende der Wahlperiode auf den Schlusspurt vor: Von der einen zur anderen Minute herrscht Abschieds- und Aufbruchsstimmung. Über Wochen ist zudem unklar, ob es wirklich zu Neuwahlen kommt. Eine ungewöhnliche Situation, ähnlich einem Schwebезustand oder „Interregnum“, der Zeit zwischen zwei Regierungsphasen. Am Abend des 21. Juli schließlich gibt Bundespräsident Horst Köhler bekannt, dass er den Bundestag aufgelöst und Neuwahlen für den 18. September angesetzt hat. Wie geht der Bundestag, wie gehen die Abgeordneten mit dieser spannenden Zeit um?



Text: Gregor Mayntz
Fotos: studio kohlmeier



Auf dem Weg zu vorgezogenen Neuwahlen

Umdenken und durchstarten



„Direkt umgeschaltet im Kopf.“

Petra Merkel, SPD

Es ist ein Wechselbad der Gefühle, in das viele Parlamentarier am Abend der NRW-Landtagswahlen gestürzt werden. Petra Merkel, SPD-Politikerin aus Berlin etwa, hat nur einen Gedanken, als sie die Neuwahlankündigung von ihrem Fraktionschef Franz Müntefering unterwegs im Autoradio hört: „Oh, jetzt erst mal rechts ran fahren und anhalten.“ Wie ein Schlag trifft es viele Mandatsträger. Winfried Nachtwei, Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen aus Münster, hat zuerst nur einen Verdacht: „Münite spinnt, das kann doch nicht wahr sein.“ Gisela Piltz, FDP-Politikerin aus Düsseldorf und über die Reserveliste nachträglich in den Bundestag eingezogen, weiß schnell, was diese Überraschung für sie persönlich bedeutet: „Später rein und früher raus, so hatte ich mir meine erste Wahlperiode im Bundestag nicht vorgestellt.“

Für Uwe Schummer, CDU-Abgeordneter aus dem niederrheinischen Willich, gibt es jedoch einen spürbaren Nebeneffekt: „Das bedeutet eine ungeheure Beschleunigung.“ Zu diesem Zeitpunkt habe jeder mit dem Gefühl gelebt, noch gut ein Jahr Zeit zu haben, bevor es mit den Wahlkampf vorbereitungen losgehen würde. Doch nun ist mit einem Schlag „unheimlich viel Dynamik und Entwicklung in Berlin und in der Politik insgesamt“. Der Bundespräsident hat noch nicht über die Auflösungsempfehlung des Kanzlers entschieden, da ist Schummer bereits von den örtlichen Parteifreunden erneut als Kandidat aufgestellt. Besonders freut ihn das Aus-

maß der Zustimmung an der Basis. „Mit knapp 95 Prozent nominiert – da sieht man doch, dass sich auch die Arbeit von drei Jahren gelohnt hat.“

Für Union und FDP ist die erste Hürde auf dem Weg zu Neuwahlen kein Problem: Es ist nicht ihr Kanzler, also wissen sie, wie sie auf seine Vertrauensfrage antworten. Die Koalitionsabgeordneten wühlt die Frage jedoch auf. Um ihrem Kanzler den Wunsch nach Neuwahlen zu erfüllen, sollen sie ihm nicht das Vertrauen aussprechen – jedenfalls nicht alle 304. Denn die Vertrauensfrage kann nur zu Neuwahlen führen, wenn die Kanzlermehrheit von 301 Ja-Stimmen verfehlt wird. Für alle ist das eine komplizierte Gewissensentscheidung.

Viele ringen mit sich, wie Nachtwei: „Am Tag nach der Ankündigung konnte ich diese Neuwahlankündigung für zwölf Stunden als letzten Disziplinierungsversuch des Kanzlers gegenüber der SPD-Fraktion nachvollziehen. Danach ist mir das Verständnis jedoch wieder abhanden gekommen.“ Wochenlang empfindet er, „dass da von Seiten des Kanzlers denjenigen die Loyalität aufgekündigt wurde, die ihm sieben Jahre lang Loyalität entgegengebracht haben“.

Ein Hauch von Wehmut

Die Fraktions- und Koalitionsspitzen setzen sich in diesen Tagen zusammen, um jedes geplante Gesetzesvorhaben abzuklopfen: Schaffen wir es noch, das durch den Bundestag zu bringen? Wie weit sind die Vorarbeiten? Ist anderes wichtiger? Am Ende bleiben wenige

X Vorgezogene Neuwahlen 05

„Durchstarten gegen einen kräftigen Gegenwind.“

Winfried Nachtwei, Bündnis 90/Die Grünen





„Ich laufe von Termin zu Termin.“

Gisela Piltz, FDP

Dutzend Vorhaben übrig. „Das lief nicht alles schmerzlos“, erinnert sich Petra Merkel. Auch Winfried Nachtwei spricht von einem „Schlag ins Kontor“ angesichts der vielen Absichten auf den verschiedenen Feldern der Sachpolitik. Jeder Abgeordnete hatte wichtige Ziele – auch solche, die nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen.

Zum Beispiel bei Uwe Schummer: Sein Vorhaben zum Bildungssparen – auf Eis. Zum Beispiel bei Winfried Nachtwei: Mit dem Aktionsplan „zivile Krisenprävention“ stehe Deutschland zwar „einmalig“ da, aber es komme darauf an, „das gute Papier in viele gute Taten umzusetzen“. Aber auch für diese Taten heißt es vorerst „Stopp“. Der Grund: Kein Bundestag soll seinen Nachfolger vorbestimmen. Auch nicht beim Gang der Gesetzgebung durch die verschiedenen Schritte der Vor- und Detailberatungen. Jeder Bundestag ist vom Volk neu gewählt, und deshalb soll sich jeder Bundestag auch selbst neu auf den Weg machen. Daher fällt jedes Gesetzesvorhaben, das zum Ende einer Wahlperiode nicht in dritter Lesung verabschiedet ist, dem so genannten „Diskontinuitätsprinzip“ zum Opfer.

Viele Politiker wussten schon seit langem, dass sie nicht erneut antreten wollen. Für sie kommt der Abschied ein Jahr früher als geplant. Andere müssen sich schnell entscheiden, ob sie weitermachen. So bringen diese Wochen auch einen Hauch Wehmut. Die letzte Sitzung der Fachgremien, die letzte Ausschusssitzung, eine der

letzten Fraktionssitzungen nach teilweise langer Zugehörigkeit zum Hohen Haus: „Das war schon ein Stück Abschiednehmen“, berichtet Petra Merkel. Aber die Stimmung ist geteilt. Die anderen, die bleiben möchten und wiedergewählt werden wollen, setzen sich ebenfalls zusammen, sprechen über mögliche Wahlkampfthemen, über Chancen und Strategien.

Keine Ferien für Mitarbeiter

Die vorgezogenen Neuwahlen sieht Petra Merkel deshalb schnell auch als „neue Chance“, als „guten Weg, über ein neues Votum für klare Verhältnisse in der Bundespolitik zu sorgen“. Insofern hat die Berlinerin „direkt umgeschaltet im Kopf“ – und da mit viel Energie weitergemacht, wo sie im vergangenen Sommer auch Punkte im Wahlkreis sammeln konnte: Als damals

der SPD im Zusammenhang mit „Hartz IV“ der Wind ganz kräftig ins Gesicht blies, hat Petra Merkel den Gedankenaustausch mit den Bürgern gesucht. „Da stellt sich die Meinung ganz anders dar, als man in den Zeitungen liest, im TV sieht oder im Radio hört. Das fand ich gut.“ Und so läuft es auch in diesem Sommer. Nur noch intensiver.

Mit speziellen Aussichten gehen die nordrhein-westfälischen Bundestagskandidaten unmittelbar nach dem NRW-Wahlkampf in den Bundestagswahlkampf: „Wir haben die Perspektive, danach erst einmal drei Jahre zu haben, in denen keine Wahlen sind“, unterstreicht Schummer. Das motiviert, sofort noch einmal von vorn zu beginnen. Auch Winfried Nachtwei hat einen Stimmungsumschwung erlebt. „Am 1. Juli kam bei der Kanzlerrede eine Stimmung von Abschied hoch. Aber in weniger als zwei Stunden kam der Umschwung: Bei der Fischer-Rede entstand das Gefühl von Durchstarten. Durchstarten gegen einen ganz kräftigen Gegenwind, gegen eine mächtige Gegenströmung.“

Genauso gehen die Mitarbeiter der Abgeordneten statt in die Ferien nun „aufs Ganze“. Schließlich steht auch ihr eigener Job auf dem Spiel. Über 3000 persönliche Mitarbeiter der Abgeordneten haben nur befristete Verträge, die bis zum Ende der Wahlperiode reichen. Wird der „eigene“ Abgeordnete wieder gewählt, ist man selbst in der Regel auch wieder für vier Jahre mit von der Partie. Scheidet er aber aus, scheitert er an der parteiin-

„Das bedeutet eine ungeheure Beschleunigung.“

Uwe Schummer, CDU



ternen Nominierung, schafft er den Sprung ins Parlament nicht, dann bleibt auch für seine Mitarbeiter nur der Weg, bei anderen Abgeordneten unterzuschlüpfen oder sich beim Arbeitsamt zu melden.

Insofern ist die Stimmung im Team von Uwe Schummer „sehr entspannt“: Die Wiederwahl ist sehr wahrscheinlich. Selbst sein Praktikantenprogramm („meine Art von Talentförderung“) geht jedenfalls weiter. „Die Praktikanten erleben die Atmosphäre im Paul-Löbe-Haus, und das macht ihnen sehr viel Spaß.“ Das Einzige, was derzeit fehlt: das typische Flair einer Sitzungswoche. Schummer hat den Praktikanten zugesagt, das nachzuholen, sobald das normale parlamentarische Geschäft wieder läuft.

Kontinuierliche Kontrolle

Dass es derzeit nicht normal läuft, bedeutet nicht, dass überhaupt nichts läuft. Ganz im Gegenteil. Der Wahlkampf hat nur die Art der Arbeit verschoben. Die Pressestellen der Fraktionen arbeiten auf Hochtouren. Jeder Vorstoß der einen Seite führt zu einer Reaktion der anderen. Der Wahlkampf schärft die Konturen. „Da staune ich selbst drüber“, stellt Nachtwei fest: „Jetzt werden auch in Bereichen, wo wir bislang im Verteidigungsausschuss nur Konsens vermuteten, doch mehr Unterschiede deutlich. Da driftet einiges auseinander.“

Trotz der Neuwahlen: Im Bundestag wird weitergearbeitet. Es gibt noch zwei Sitzungstage Anfang September und die Abgeordneten gehen

weiter ihren politischen Aufgaben nach. Gisela Piltz zum Beispiel hat gerade wieder zwei schriftliche Fragen an die Bundesregierung auf den Weg gebracht. Und auch für Nachtwei geht die parlamentarische Kontrollaufgabe weiter. Gerade sein Feld – die Auslandseinsätze der Bundeswehr – erforderten „ein ständiges Stand-by“.

Wochen nach dem scheinbaren Ende der parlamentarischen Arbeit bekam auch eine größere Öffentlichkeit mit, dass tatsächlich vieles weiter läuft. 15 Stunden dauerte etwa die Befragung des 55. Zeugen im Visa-Untersuchungsausschuss. Der Auftritt von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) vom frühen Morgen bis in die späte Nacht wurde live vom Parla-

mentsfernsehen übertragen. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses zeigt deutlich die noch ausstehenden Aufgaben auf: Bis zum vorgezogenen Ende der Wahlperiode muss noch ein detaillierter Bericht über die Ergebnisse seiner Aufklärungsarbeit vorgelegt werden, über den der Bundestag wahrscheinlich Anfang September noch einmal beraten wird. Berichte haben auch die Enquete-Kommissionen vorzulegen.

Ein Mandat auf Zeit

Sie sind beauftragt, einen Blick über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus zu werfen und Hinweise und Anregungen für die künftige Gesetzgebung zu geben. Da soll jahrelange Arbeit nicht im Sande verlaufen. Auch in diesen Büros heißt es: intensive Arbeit statt Ferienstimmung.

Das Gegenteil von Ausklang erlebte auch Gisela Piltz unmittelbar nach der Konstituierung der NRW-Landesregierung. Ihr Fraktionskollege Andreas Pinkwart wurde Landesminister, verließ deshalb den Bundestag – und hinterließ damit eine Vakanz in der Führung der NRW-Landesgruppe innerhalb der FDP-Fraktion. Piltz trat die Nachfolge an, bekam also noch eine wichtige Koordinierungsaufgabe hinzu. Daneben häufen sich in allen Abgeordnetenbüros Anfragen nach Positionierungen, nach Besuchen, Podiumsdiskussionen, Vorträgen. „Ich laufe hier von Termin zu Termin“, berichtet Piltz.

Übergangsgefühle auch in der Bundestagsverwaltung. Wer wann wo künftig arbeiten wird – darüber kann in diesen Wochen nur spekuliert werden. So werden sich die Ausschüsse erst konstituieren, wenn sich die Bundesregierung aufgestellt hat. Dann wird klar, welche Fachkräfte an welcher Stelle benötigt werden. Vom Ausgang der Wahlen hängt schließlich ab, wie stark die Fraktionen werden – und damit auch, welchen Mitarbeiterstab sie sich leisten.

Für Petra Merkel hat die stürmische Entwicklung einen weiteren Aspekt: „Es ist immer wieder gut zu sehen: Das ist brüchiges Eis, auf dem wir arbeiten. Alles kann auch schnell zu Ende sein. Wir arbeiten mit einem Mandat auf Zeit. So ist das eben.“

X Vorgezogene Neuwahlen 05

Visa-Untersuchungsausschuss im Juli:
Bundesinnenminister Otto Schily am Tag seiner Befragung.





Chronik

Auf dem Weg zu Neuwahlen – Auflösung des Bundestages

Sonntag, 22. Mai 2005

Nach Bekanntwerden der Niederlage der SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen gibt Bundeskanzler Gerhard Schröder am Abend im Kanzleramt eine Erklärung ab. Darin heißt es: „Für die [...] Fortführung der Reformen halte ich eine klare Unterstützung durch eine Mehrheit der Deutschen gerade jetzt für erforderlich. Deshalb betrachte ich es [...] als meine Pflicht und Verantwortung, darauf hinzuwirken, dass der Herr Bundespräsident von den Möglichkeiten des Grundgesetzes Gebrauch machen kann, um [...] Neuwahlen zum Deutschen Bundestag herbeizuführen.“

Donnerstag, 9. Juni 2005

Nach einem Gespräch mit dem Bundespräsidenten teilt der Bundeskanzler mit, er werde im Deutschen Bundestag den Antrag nach Artikel 68 des Grundgesetzes stellen.

Donnerstag, 16. Juni 2005

Der Bundeskanzler informiert offiziell den Ältestenrat des Deutschen Bundestages über seine Absicht, die Vertrauensfrage zu stellen. Das Gremium verständigt sich darüber, die Entscheidung über diesen Antrag für den 1. Juli auf die Tagesordnung zu nehmen.

Montag, 27. Juni 2005

Der Antrag des Bundeskanzlers geht fristgerecht beim Bundestag ein. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse lässt aus dem Wortlaut eine Drucksache erstellen und an die Abgeordneten verteilen. Dort steht: „Gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes stelle ich den Antrag, mir das Vertrauen auszusprechen. Ich beabsichtige, vor der Abstimmung am Freitag, den 1. Juli 2005, hierzu eine Erklärung abzugeben.“

Mittwoch, 29. Juni 2005

Im Rahmen einer Ministerrunde bespricht der Bundeskanzler mit den Mitgliedern seines Bundeskabinetts seine Überlegungen angesichts der Abstimmung über die Vertrauensfrage.

Freitag, 1. Juli 2005

8.00 Uhr: Der Bundeskanzler informiert die SPD-Fraktion in einer Sondersitzung über die Beweggründe seiner Entscheidung.

9.15 Uhr: Der Bundeskanzler informiert auch die Abgeordneten der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

10.01 Uhr: Der Bundestagspräsident eröffnet die 185. Sitzung des Deutschen Bundestages in der 15. Wahlperiode, ruft den einzigen Tagesordnungspunkt auf: „Beratung des Antrags des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes“. Er gibt das Wort dem Bundeskanzler. Dieser schildert, warum er sich nicht mehr auf das stetige Vertrauen der Mehrheit verlassen kann.

10.32 Uhr: Nach der Erklärung folgt eine Debatte, in der unter anderem die Fraktionschefs von CDU/CSU und SPD, Angela Merkel und Franz Müntefering, der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle und Bundesaußenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) das Wort ergreifen.

11.40 Uhr: Der Abgeordnete Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) gibt im Anschluss eine Erklärung zur Abstimmung ab, andere Abgeordnete geben Erklärungen schriftlich zu Protokoll.

11.47 Uhr: Die namentliche Abstimmung ist eröffnet. Die Abgeordneten werfen ihre namentlich gekennzeichneten Stimmkarten in die Urnen. Rote für „Nein“, blaue für „Ja“, weiße für „Enthaltung“. So kann das Ergebnis schnell ermittelt werden.

12.11 Uhr: Der Bundestagspräsident teilt mit, dass 151 Abgeordnete mit Ja, 296 mit Nein und 148 mit Enthaltung gestimmt haben. Damit hat der Bundeskanzler die erforderliche Mehrheit von mindestens 301 Ja-Stimmen verfehlt.

13.30 Uhr: Der Bundeskanzler fährt zum Bundespräsidenten und schlägt diesem entsprechend der Verfassung offiziell vor, den Bundestag aufzulösen und vorgezogene Neuwahlen herbeizuführen. Für diese Entscheidung hat das Staatsoberhaupt nun 21 Tage Zeit.

Mittwoch, 13. Juli 2005

Der Regierungssprecher teilt mit, dass der Kanzler dem Bundespräsidenten auf dessen Wunsch hin ein Dossier mit weiteren Informationen über die verfassungsrechtliche Einschätzung und eine Dokumentation zur Durchsetzbarkeit der Regierungspolitik zugesandt hat. Zuvor hat der Bundespräsident auch mit Partei- und Fraktionsvertretern gesprochen.

Donnerstag, 21. Juli 2005

Der Bundespräsident entscheidet, den Bundestag aufzulösen. Die Entscheidung gibt er in einer Fernsehansprache um 20.15 Uhr bekannt. Die Bundestagsabgeordneten Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) und Jelena Hoffmann (SPD) reichen einige Tage später gegen die Entscheidung Klage beim Bundesverfassungsgericht ein.



Die sollen wissen, was ich mache

Der SPD-Abgeordneten Bettina Hagedorn ist größtmögliche Transparenz wichtig. Dafür investiert sie viel Zeit und Arbeit.

Wenn ich aus einem Stück Gold eine wunderschöne Brosche mache, dann weiß jeder, dass dies eine kreative Leistung ist“, sagt die Goldschmiedin Bettina Hagedorn, und vier Polizisten aus Schleswig-Holstein nicken. „Wenn ich in schwierigster Haushaltssituation neue politische Schwerpunkte in meinem Bereich Familie und Jugend setzen will, ohne nachfolgende Generationen noch stärker zu belasten, dann muss ich durch Einsparvorschläge erst Freiräume schaffen, um das Geld dann an anderer Stelle wieder ausgeben zu können. Das ist oft unpopulär, aber auch eine kreative Leistung“, sagt die Politikerin Bettina Hagedorn. Zwei Polizisten aus Schleswig-Holstein nicken.

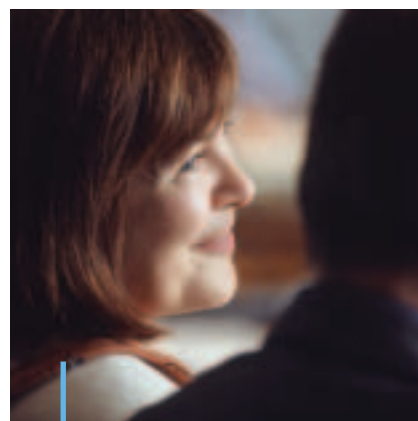
Es ist nicht einfach. Auch nicht für eine Vollblutpolitikerin wie Bettina Hagedorn. Politik kann zäh sein und sie kann schwer nachvollziehbar sein. Sie kann wütend machen oder resigniert. Sie kann unverständlich daherkommen und den Eindruck vermitteln, dass alles viel zu langsam geht. Sie kann das Gefühl geben, nur wenig mit einem selbst zu tun zu haben oder viel zu viel, aber nicht ausreichend Gutes.

Das alles kann passieren, wenn man sich nicht immer wieder und so kreativ wie möglich die Mühe macht, zu erklären, zu vermitteln, Entscheidungen zu begründen und Motivationen zu beschreiben. Bettina Hagedorn ist eine, die das weiß. Und deshalb rollt sie den Stein immer wieder nach oben und vergisst nie, dass die Mühen der Ebene oft der Schlüssel zum Erfolg sind. Auf zwei unschätzbare Vorteile kann die 49-Jährige dabei bauen: Sie hat Temperament und sie verfügt über viel Erfahrung.

Beides präsentiert sie den rund zwanzig Besucherinnen und Besuchern aus ihrem Wahlkreis, die bei der Landespolizei arbeiten, an diesem Mittwochmittag in einem schwer unterkühlten Raum im Reichstagsgebäude. Für die Kälte sind die Eisheiligen verantwortlich und ein Fenster, das sich nicht schließen lässt. Das Klima allerdings ist gut. Keine Frage wird von der Abgeordneten abgewiegelt. Nicht die nach der Kapitalismusdebatte und nicht die nach den Ängsten, die Politiker doch angesichts der großen Probleme haben müssten – „Versagens-

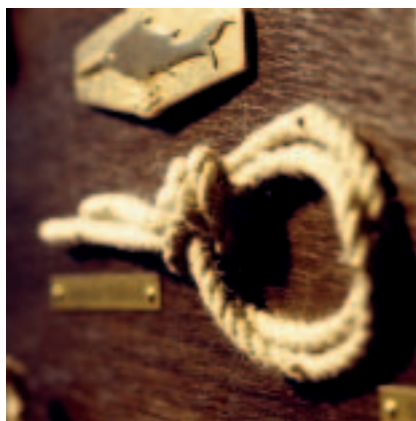
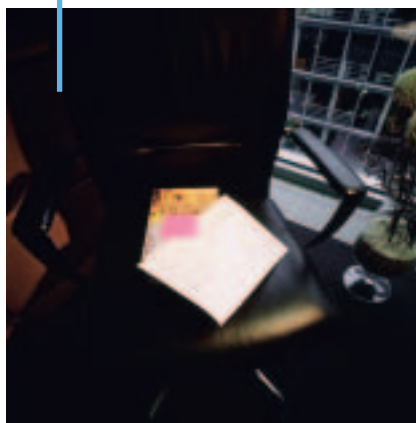
ängste“ nennt einer das. „Haushälterin in einer Fraktion und in Regierungsverantwortung zu sein, ist keine vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe“, sagt Bettina Hagedorn. Sie breitet die Arme aus, schüttelt den Kopf, so dass die dunkelroten Haare ein wenig durcheinander geraten, und erntet ein Lächeln von vielen. Na, das glaubt man gern. „Aber ich mache seit zwanzig Jahren Finanz- und Haushaltspolitik, und wissen Sie was? Es macht mir Spaß.“

Dieser Tag hat für die Frau aus Schleswig-Holstein, die ehemalige Bürgermeisterin von Kasseedorf, die einstige Amtsvorsteherin Schönwaldes, die Goldschmiedin und Mutter von drei inzwischen erwachsenen Söhnen, die Haushälterin aus der SPD-Fraktion und Berichterstatterin für das Innenministerium im Rechnungsprüfungsausschuss um kurz nach sechs Uhr begonnen. Da ist sie aufgestanden. Ziemlich früh. „Aber wissen Sie was“, sagt sie, „ich stehe seit 25 Jahren so früh auf.“



8.30

Im Büro.



9.30

Sitzung des Familienausschusses.

Kurz vor halb neun beginnt ihre Arbeit im Bundestagsbüro. Wie fast immer trägt Bettina Hagedorn ihr Gesellenstück, eine Kette aus Perlen und Gold, die vielleicht Glück bringt. Man kann es fast glauben, denn auf allen Fotos, die im Büro der Abgeordneten und als Erinnerung an so viele gute Gelegenheiten hängen, trägt sie die Kette. Unterbrochen wird die Fotowand nur durch eine Tafel, auf der kunstvolle Knoten angebracht sind, die Namen wie „Affenfaust“ tragen und von denen die Abgeordnete nicht wenige selbst beherrscht. Schließlich kommt sie von der Küste. Seemannsgarn spinnt sie nicht, aber Seemannsknoten kann sie knüpfen.

Um halb zehn muss die Abgeordnete zur Vertretung einer Kollegin für eine halbe Stunde in den Familienausschuss. Bleibt also eine knappe Stunde im Büro, und die wird für eine ganz große Leidenschaft genutzt: den „Bericht aus Berlin“. Zum 17. Mal



10.00

Frühstück mit Betriebsräten.

schickt die Abgeordnete an diesem Tag einen umfang- und abwechslungsreichen Rechenschaftsbericht von ihrer Arbeit in den letzten Wochen in ihrem Wahlkreis. Per E-Mail und per Post bekommen all die, die es wollen, Nachrichten aus Berlin und von ihrer Volksvertreterin im Bundestag. Bis spät in die Nacht hat Bettina Hagedorn an den Texten gegessen.

Jetzt müssen noch ein paar Bilder ausgesucht und ein paar Korrekturen gemacht werden. „Ich habe einen Flächenwahlkreis, 55 SPD-Ortsvereine, da ist es nicht einfach, Kontakt zu halten. Mir ist dieser Bericht sehr wichtig. So wie es mir wichtig ist, über alles, was ich hier tue, was meine Fraktion tut, Rechenschaft abzulegen. Politisches Interesse kommt nicht von ungefähr und braucht Transparenz.“ Nach einer halben Stunde sind alle Beteiligten zufrieden mit dem Ergebnis. Die Mitarbeiterin Gesine Wenzel wird alles fertig machen und rauschicken.

12 Tagesläufe

Nach der Vertretung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist Bettina Hagedorn mit vier Betriebsräten aus ihrem Wahlkreis zum **Frühstück** verabredet. Darauf freut sie sich, denn die vier – drei Männer und eine Frau – sind auf ihre Einladung hier in Berlin. Die SPD-Fraktion veranstaltet an diesem Tag eine Betriebs- und Personalrätekonferenz. Die beginnt um elf, es bleibt also eine Stunde für das Frühstück zu fünf im Restaurant im Reichstagsgebäude. Danach noch eine schnelle, aber wirklich schnelle Führung durchs Hohe Haus. Bettina Hagedorn bringt „ihre“ Betriebsräte in den SPD-Fraktionssaal, wo die Konferenz stattfindet, und verabschiedet sich. Sie wird später noch mal vorbeischauen, aber erst einmal kommt die **Besucherguppe von der Landespolizei** Schleswig-Holstein und hat Anrecht auf eine Stunde Diskussion.

Um 12.15 Uhr kann die Abgeordnete, wie versprochen, bei der **Betriebsrätekonferenz** vorbei-

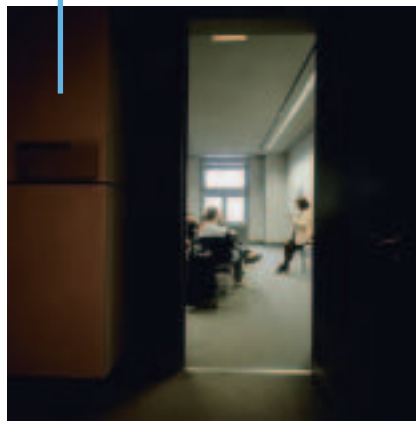


11.15

Besucherguppe der Landespolizei.

12.15

Betriebsrätekonferenz.



schauen. Hier geht es um Themen wie Kapitalismuskritik und die wirtschaftliche Situation des Landes. Es geht um Arbeitsplatzabbau, Betriebsschließungen, Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und Verlagerung von Produktionsstandorten ins Ausland. Die Betriebs- und Personalräte zeigen sich kämpferisch und machen sich gegenseitig Mut.

Bettina Hagedorn muss nach einer knappen Stunde wieder gehen, um eins beginnt der **Haushaltsausschuss**. Als Tagesordnungspunkt 13 steht ein Bericht der Bundesregierung zu Verkaufsabsichten der Deutschen Bahn AG im Hinblick auf ihre profitablen Anteile an Scandlines zur Diskussion – ein Bericht, den Bettina Hagedorn am 20. April selbst angefordert hatte. Jetzt bemüht sich die ostholsteinische Abgeordnete, in dieser Sache einen Entschließungsantrag auf den Weg zu bringen, denn betroffen sind in ihrem Wahlkreis 620 Arbeitsplätze.

Bis 13 Uhr sind letzte Abstimmungen mit dem Berichterstatter der SPD-Fraktion für Verkehr und dem Sekretariat im Haushaltsausschuss erforderlich. Die Zeit ist also knapp.

Zwischen den vielen schwerwichtigen Themen, die auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses stehen, entwickelt Bettina Hagedorn gemeinsam mit anderen eine Initiative, mit der der Haushaltsausschuss die Bundesregierung auffordert, sich bei einem Verkauf der Scandlines-Anteile für den Erhalt der deutschen Standorte und Arbeitsplätze einzusetzen. Dem Antrag der SPD treten Bündnis 90/Die Grünen und auch die CDU/CSU-Fraktion bei. „Das kann man nicht so einfach hinnehmen“, sagt die Abgeordnete spät am Abend dazu. „Ein Verkauf der jährlich über 30 Millionen Euro Gewinn bringenden Anteile ist doch wirtschaftlich nicht nachvollziehbar.“

Im Haushaltsausschuss sitzt Bettina Hagedorn bis abends kurz nach sieben. Die Tagesordnung ist lang und die Themen sind gewichtig: ein Ent-

13.00

Haushaltsausschuss.



21.00

Landesgruppe der SPD-Fraktion.

wurf für die Europäische Verfassung, über den am kommenden Tag im Plenum abgestimmt werden soll, Hartz IV, Pakt für Deutschland, Bericht zur Situation der Rentenkasse, Infrastrukturinvestitionen, Verkehrswege, Ausbau von Schienenmagistralen. Es stehen Anträge über Anträge auf dem Plan, Gesetzentwürfe, Verordnungen, Berichte, Vorlagen. Alles in allem sind das mehr als 30 Themen.

Aber man schafft es und sogar schneller als gedacht. Das eröffnet eine ungeahnte Möglichkeit. In der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft wird Abschied gefeiert. Der CDU-Abgeordnete Dietrich Austermann aus Schleswig-Holstein verlässt den Deutschen Bundestag, um in der Kieler Landesregierung Ministerverantwortung zu übernehmen. 22 Jahre war er Mitglied im Haushaltsausschuss. Bettina Hagedorn kann nun doch noch wenigstens für eine halbe Stunde und mit allen Haushältern

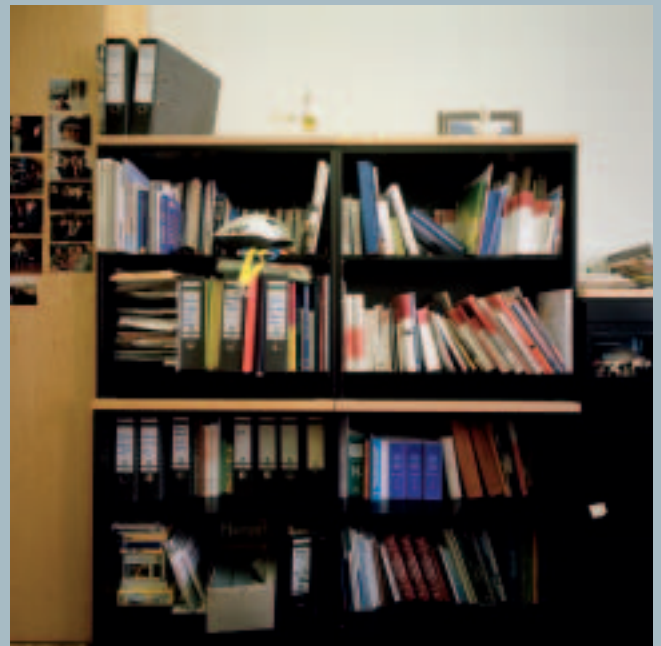
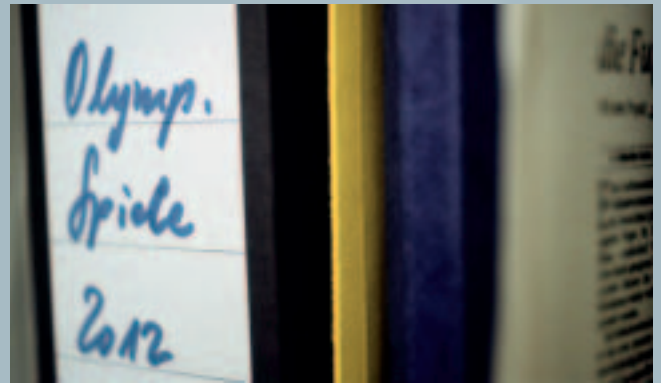
dabei sein. In Kauf nehmen muss sie dafür, etwas später als geplant zum letzten Arbeitstermin des Tages zu kommen.

In der Landesvertretung Schleswig-Holstein tagt seit 20 Uhr die **Landesgruppe der SPD-Abgeordneten** mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesagentur für Arbeit aus Kiel. Zuvor ertönen im Haus der Landesvertretung, das sich Schleswig-Holstein und Niedersachsen teilen, seltene Klänge. Ein Halali kündigt zwar nicht vom Ende einer Jagd, aber vom Abschluss einer Veranstaltung der Interessensgemeinschaft Schweinehaltung Nordwestdeutschland. Und zu sehen ist da noch einer, der heute auch seinen Abschied genommen hat: Peter Harry Carstensen, der neue Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, verlässt den Deutschen Bundestag und somit Berlin. So kann das Halali also als mehrdeutig gelten.

Bettina Hagedorn kommt um 20.47 Uhr in die Landesvertretung. Da hat die Runde schon eine ganze Reihe Fragen und Probleme zum Thema Hartz IV diskutiert. Es geht um die Organisation der Agenturen für Arbeit, den Sachstand bei der Umsetzung des so genannten Sozialgesetzbuches II, das Programm für Menschen unter 25, die Zukunft der Jugendaufbau- und Berufsförderungswerke, das Lehrstellenproblem bei Hauptschülern. Die SPD-Abgeordnete hat ihre Fragen vorbereitet und mischt sich schnell in die Diskussion ein. Hier wird man noch eine ganze Weile sitzen – die Materie ist kompliziert und es gibt viel zu besprechen und zu klären.

Draußen haben die Eisheiligen noch mal richtig zugelegt. Es weht ein kalter Wind, und es sieht schon wieder nach Regen aus. Besserung ist erst für den kommenden Tag versprochen. Die Abgeordnete Bettina Hagedorn sieht ein ganz klein wenig müde aus. Ob sie heute und gemeinsam mit anderen Kreatives vollbracht hat, wird sich erst später zeigen. Die Dinge brauchen ihre Zeit. Man darf nur nicht zu geduldig werden. Aber die Gefahr besteht bei dieser Frau auch nicht.

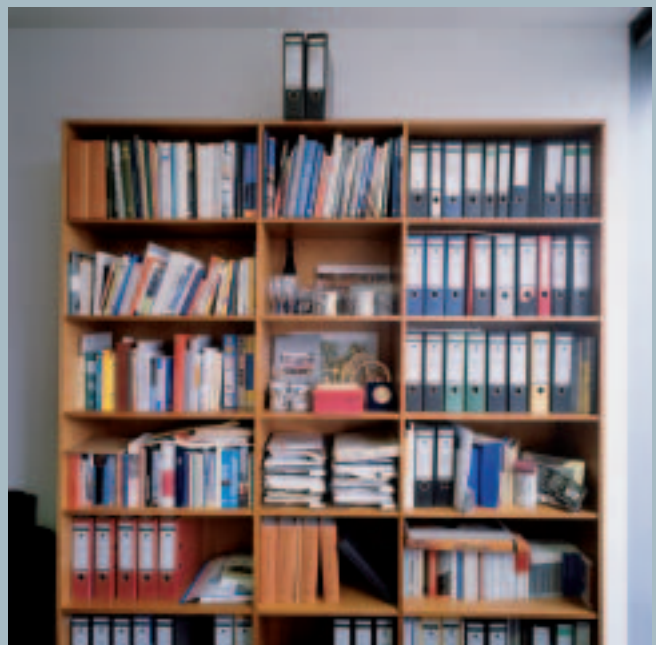
Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier



A B L A G

Ablagen sind verräterisch. Sie geben preis, was jemand braucht und mag, nicht missen will und nicht vergessen darf. Sie sagen einiges über die Person, die sich ihrer bedienen, und sie geben Hinweise darauf, womit sich diese Person befasst. Abgeordnete, so denkt man, sollten also ähnlichen Prinzipien des Ablegens folgen. Schließlich machen sie alle Politik. So ist

es aber nicht. Was zu den Akten kommt und vor allem, wie es zu den Akten kommt, was gesammelt wird und griffbereit sein muss, folgt in den Büros der Abgeordneten ganz unterschiedlichen Absichten. Manche mögen, trotz ‚Pragmatismus‘, einen schönen Anblick nicht missen. Sie legen Wert auf die kleinen Dinge, die erinnern und fröhlich stimmen.



Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier

E N

So gerät ein Teddybär zwischen Leitzordner, ein Foto neben die Umlaufmappe, ein Survival-Kit zu den Gesetzestexten. Andere halten strenge Systeme für die beste Arbeitsgrundlage. Gleiche Farben für ähnliche Themen, chronologische Ablagen, Verzeichnisse und Unterverzeichnisse ordentlich auf die Rückseiten von Ordnern notiert. Ablagen sind Rettung vor der

Not und Hilfe für den Ernstfall. Die kann auch in einem zweiten Paar Schuhe bestehen. Oder in einem Foto, bei dessen Anblick man einen kurzen Moment der Ruhe empfindet. Doch rechts und links davon stapelt sich erledigte und zu leistende Arbeit, gesammeltes und nützliches Wissen. Der wahre Inhalt einer jeden Ablage also.

Wer war's?

fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen.



INKOGNITO

Das letzte Wort hat Frau Ministerin

In jeder Ausgabe stellen wir jeweils ein Mitglied des Bundestages vor, das in der Geschichte der Bundesrepublik eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Ihre Berufung galt als Sensation. Noch niemals in der Geschichte der Bundesrepublik hat der Bundesregierung eine Frau angehört. Deren Vorsitzender findet sich, wie das bei älteren Herrschaften vorkommt, mit der ungewohnten Situation nur schwer ab. So tut er einfach so, als habe sich gar nichts geändert. Wie an jedem Mittwoch eröffnet er die Sitzung mit der Standardformel: „Ich begrüße die Herren.“

Doch die einzige Frau unter 19 Männern hat in einer langen politischen Laufbahn gelernt, sich mit Geduld und Hartnäckigkeit durchzusetzen. Die promovierte Juristin sorgt dafür, dass sich „der Alte“ im Zenit seines politischen Ansehens noch neuen Umständen anpasst. Alle folgenden Sitzungen beginnt er mit den Worten: „Meine Damen und Herren.“

Nicht nur der Regierungschef, auch die Öffentlichkeit muss den Umgang mit der Neuen erst lernen. So wird in Leserbriefen und Kommentaren das schwerwiegende Problem erörtert, ob man ihrem Wunsch entsprechen könne, sie mit den Worten „Frau Ministerin“ und nicht mit „Frau Minister“ anzusprechen.

Lange Jahre hatten ihre Parteifreundinnen darum gekämpft, dass endlich



Foto: Picture-Alliance

Im Kreise der Herren Kollegen des ersten Kabinetts Erhard 1963.

eine Frau in die erlauchte Runde im Palais Schaumburg aufgenommen wurde. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, hätte die ledige Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche das Familienministerium übernommen. Die Männer in der Fraktion lästerten bereits über das „Fräulein Familienminister“. Doch für dieses Ressort hatte die Protestantin die falsche Konfession.

So also wird für sie aus den Zuständigkeiten anderer Ministerien ein

neues Ressort, das „Ministerium für Gesundheitswesen“, zurechtgeschneidert. Mangel an Arbeit herrscht nicht: Nur zehn Tage nach ihrem Amtsantritt wird bekannt, dass das Schlafmittel Contergan für die sich häufenden Missbildungen bei Neugeborenen verantwortlich ist. Die neue Ministerin versucht, mit einem Sonderetat rasche Hilfe zu leisten.

Die in Frankfurt am Main kurz nach der Jahrhundertwende geborene Tochter eines Landtagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei war bereits als 18-Jährige in der Partei ihres Vaters aktiv, kämpfte mit ihm gegen die Nationalsozialisten. Ein Artikel in den „Frankfurter Nachrichten“, der sich kritisch mit dem NS-Frauenbild befasste, war einer der Gründe, warum sie nach der Machtübernahme der Hitlerpartei den Staatsdienst verlassen und damit das Ziel aufgeben musste, einmal Jugendrichterin zu werden.

1953 wurde sie in den Bundestag gewählt, wo sie gegen den so genannten Stichtscheid in der Ehe ankämpfte, nach dem der Mann als Oberhaupt der Familie das letzte Wort bei Meinungsverschiedenheiten hatte. In Gleichberechtigungsfragen scheute sie den Konflikt mit ihrer eigenen Fraktion und den Beifall der Opposition nicht. Von 1957 bis 1961 war sie stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mit Bildung der Großen Koalition 1966 verliert sie ihren Ministerposten an eine Sozialdemokratin. Drei Jahre später scheidet sie aus dem Bundestag aus. Sie wirkt weiter im Deutschen Frauenrat und gehört auch zu den Gründungsmitgliedern der „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.“. Im Alter von 85 Jahren stirbt sie in ihrer Heimatstadt.

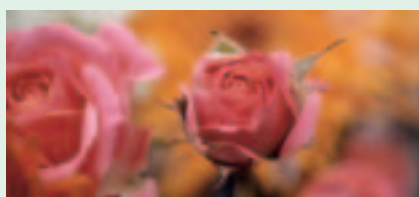
Mit Bildung der Großen Koalition 1966 verliert sie ihren Ministerposten an eine Sozialdemokratin. Drei Jahre später scheidet sie aus dem Bundestag aus. Sie wirkt weiter im Deutschen Frauenrat und gehört auch zu den Gründungsmitgliedern der „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.“. Im Alter von 85 Jahren stirbt sie in ihrer Heimatstadt.

Wer war's?

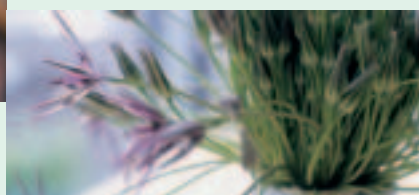
Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 5. September 2005.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 5/05 lautet: Karl Schiller. Eine Reise nach Berlin hat Tim Schuster aus Tapfheim gewonnen.



Leib und Seele zusammenhalten



Stefan Czernoch und Jan Becker sind Herren über Restaurants, Kantinen und Bistros im Deutschen Bundestag.



Sie arbeiten für unterschiedliche Unternehmen, aber mit gleich hohen Ansprüchen.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier

Zu mir oder zu dir? So könnte die Frage lauten, wenn sich zwei wie Stefan Czernoch und Jan Becker verabreden. Schließlich gibt es mehr als eine Alternative. Abgeordnetenrestaurant im Reichstagsgebäude – Heimspiel für Jan Becker. Besucherrestaurant im Paul-Löbe-Haus – Heimspiel für Stefan Czernoch. „Käfer“ in der Reichstagskuppel – Becker. Dussmann-Kasino im Jakob-Kaiser-Haus – Czernoch. Könnte also eine längere Diskussion werden. Aber man einigt sich schnell auf das Dachgartenrestaurant.

Stefan Czernoch muss neidlos anerkennen, dass die Aussichten hier großartig sind. Ein Punkt für „Käfer“. Obwohl seine Terrasse, die inzwischen zum Abgeordnetenrestaurant im Jakob-Kaiser-Haus gehört, auch nicht schlecht ist. Vorteil „Dussmann“.



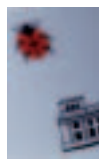
„Ich war zuerst da“, sagt Becker und lacht.

Manchmal mögen die beiden diese kleinen Scheingefechte. Denn auf den ersten Blick sind sie Konkurrenten – Stefan Czernoch, der Betriebsleiter von pedus service, einem Unternehmen der Dussmann-Gruppe, und Jan Becker, der Betriebsleiter der Käfer Berlin GmbH. „Ich war zuerst da“, sagt Becker und lacht. „Aber wir machen rund 3000 Essen täglich“, kontert Czernoch.

In den Häusern des Bundestages gibt es für das leibliche Wohl der Abgeordneten, Mitarbeiter und Besucher verschiedene Angebote. Kantinen, Bistros, eine Espressobar und Restaurants für alle, die hier arbeiten und zwischendurch zu Kräften kommen müssen. Erlebnisastronomie für jene, die als Gäste oder Touristen kommen. Zwei Unternehmen, „Dussmann“ und „Käfer“, sorgen dafür, dass Leib und Seele zusammengehalten werden, vor allem in hektischen Zeiten.

Die Käfer GmbH Berlin betreibt im Reichstagsgebäude zwei Restaurants – eines auf der Plenarebene mit rund 180 Plätzen und eines auf dem Dach, das 364 Tage im Jahr geöffnet ist und rund 200 Plätze bietet. Manchmal verkauft ein „fliegender Händler“ auch noch Eis und Süßigkeiten in der Kuppel. 89 Käfer-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen für beste Gastronomie. Das Dachgartenrestaurant steht allen Bürgern offen, es kann für Veranstal-

tungen und Geschäftsessen gebucht werden und ist weithin bekannt und beliebt. Ein Highlight, wenn man Berlin besucht. Vor allem seiner guten Küche wegen. Deutsche Gerichte vom Feinsten und deutsche Weine gehören dazu. Dafür braucht man Einkäufer mit Gespür für Qualität und Lust auf Experimente. Bisonfleisch und Straußenfleisch von brandenburgischen Farmen standen schon auf der Karte. Das Lieblingsgericht des Chefs ist da immer zu finden: Boulette – vom Kalb und mit einem feinen Kartoffelsalat angerichtet. Sieht so gut aus, wie es schmeckt.



Die Speisewagen sind oft die letzte Rettung, wenn der Hunger der Abgeordneten groß ist.

Pedus Service, das zu „Dussmann“ gehört, deckt neben der Gastronomie einen anderen, für die Arbeit im Bundestag ganz wichtigen Bereich ab, den man im weitesten Sinne mit Catering umschreiben kann. Ein großes Kasino, eine Cafeteria und das Abgeordnetenrestaurant im Jakob-Kaiser-Haus, das Besucherrestaurant, das Mitarbeiterrestaurant und die Espressobar im Paul-Löbe-Haus werden von pedus service betrieben. Alle zusammen bieten 1110 Sitzplätze. Und dafür, dass sich jeder bestens bedient fühlt, arbei-

ten 52 Angestellte, in Sitzungswochen kommen 15 Mitarbeiter freier Firmen dazu. Täglich werden zudem rund 100 Essen für den Kindergarten des Bundestages zubereitet, in Sitzungswochen gibt es Catering für Ausschussberatungen und Sitzungen aller Art und Größe. Abgeordnete wissen das zu schätzen, schließlich sind die Arbeitstage oft pausenlos und die kleinen Speisewagen von „Dussmann“ die letzte Rettung, wenn der Hunger groß ist. Und wer dann doch mal mehr Zeit hat, ist im Restaurant im Jakob-Kaiser-Haus bestens beraten und sollte auf jeden Fall mal den Zander auf Muscheln und Spargel probieren. Ausgezeichnet. Hält mit der Kalbsboulette auf jeden Fall mit.

So betrachtet können sich Stefan Czernoch und Jan Becker gar nicht ins Gehege. Und deshalb können sie auch ganz entspannt zusammensitzen und über ihre Arbeit reden. Beide strahlen aus, dass ihnen großen Spaß macht, was sie tun.

Da ist der Mann mit den sehr blauen Augen, Stefan Czernoch. „Könnten Kontaktlinsen sein“, stichelt Jan Becker. Sind es aber nicht. Stefan Czernoch trägt zu den blauen Augen an diesem Tag eine sonnig-gelbe Krautwatte. Der 41-jährige Nürnberger ist seit 2001 Betriebsleiter im Bundestag. Seine Berufsbiografie ist seitenlang, schließlich hat er mit 15 schon eine

Lehre als Koch angefangen. Die Prüfung bestand er mit einem Menü aus Melonencocktail mit Portweinschaum, geschmortem Tafelspitz und Kaiserschmarrn. Nach der Ausbildung hat er in der Schweiz und in Deutschland in renommierten Hotels als Koch gearbeitet, die Hotelfachschule besucht und war Küchenchef in einem großen Hotel in Berlin.

Stefan Czernoch darf sich mit dem Titel eines Küchenmeisters schmücken. Kochen, das gesteht er allerdings, tut er heute nur noch wenig. Als Betriebsleiter hat man anderes zu tun. Wie beim Kochen ist aber auch hier gutes Timing gefragt und vor allem Organisationstalent. „Als ich hier anfang, war das zum großen Teil noch Baustelle. Aber auch heute verlangt einem die Logistik ziemlich viel ab. Allein 1300 Essen täglich im Kasino anzubieten, ist nicht so einfach, denn es soll vielseitig sein, schmackhaft, natürlich gesund und auch nicht zu teuer. Aber ich freue mich auf jede neue Woche hier.“ Seinen Arbeitstag beginnt Stefan Czernoch mit einem Rundgang durch die „Outlets“, wie er die verschiedenen Lokalitäten nennt. Besprechungen, Planungen, Korrespondenz – die Tage sind oft zu kurz, aber immer abwechslungsreich. Wie die Stadt Berlin, die dem Franken, dem das „R“ so wunderbar von der Zunge rollt, gut gefällt. Hier kann man alles groß denken. Und

wenn er jemals ein Restaurant für die Stadt kreieren sollte, würde er es auch so nennen: „Think Big“. Darin wäre dann alles ein wenig größer als normal. Vielleicht so wie seine Uhr mit dem knallig orangenen Armband. Ja, gibt er zu, einen kleinen Uhrentick habe er schon. Wie war das mit dem Koch und dem Timing?



Ohne Koch- und Cateringkünste würde auch das beste Parlament nicht richtig funktionieren.

Jan Becker hat vielleicht einen kleinen Krawattentick. Gibt er aber nicht zu. Weiß-rosa kariert ist das Stück heute und sieht aus wie eine Einzelanfertigung. Das verneint der 32-jährige Berliner bescheiden. Halt nur gut gekauft. Einkaufen macht ihm übrigens auch in seiner Funktion als Betriebsleiter, die er seit März diesen Jahres innehat, Spaß.

Die Zeit dafür ist allerdings knapp geworden. Trotzdem mischt er so oft es geht mit, wenn es darauf ankommt, die Entscheidung für deutsche Küche in beste Ergebnisse umzumünzen. Und wer von seinen Mitarbeitern mit Vorschlägen und Entdeckungen kommt, ist beim Chef immer an der richtigen Adresse. Jan Becker hat eine Ausbildung als Restaurantfachmann ge-

macht und als Kellner angefangen. Er war im Ausland – in London und in der Schweiz. Und er hat auf einem „Traumschiff“ gearbeitet, bevor er in Berlin in einem, wie er findet, der schönsten Hotels der Stadt, dem Savoy-Hotel in der Fasanenstraße, anfing. Dann kam er zu „Käfer“, zuerst in die Friedrichstraße und dann als Einkaufsleiter in den Bundestag. Und weil er gut war, haben sie ihn gefragt, ob er den Job als Betriebsleiter haben will. Wollte er.

Eine Bewährungsprobe hatte er schon im vergangenen Jahr mit Brauvour gemeistert: Am Tag der Bundespräsidentenwahl baute „Käfer“ das Buffet für rund 3000 Gäste auf. Alles war exakt zu der Zeit fertig, als die Wahl vorbei war. Vielleicht wusste Becker mehr als alle anderen? Nein, so war es nicht. Er habe Blut und Wasser geschwitzt, sagt er und sein Kollege Stefan Czernoch lächelt. Der Stress mit den vielen Essen, die alle zum gleichen Zeitpunkt fertig und dazu schmackhaft sein sollen, ist ihm bekannt. Aber am Ende, wenn alles geklappt hat, kann man doch stolz sein.

Ohne Koch- und Cateringkünste würde auch das beste Parlament nicht richtig funktionieren. Da kann man froh sein, dass zwei wie Stefan Czernoch und Jan Becker die Hüte dafür aufhaben. Und dass man zu diesem oder zu jenem gehen kann und immer gut bedient ist.

**„Wir machen rund 3000 Essen täglich“,
kontert Czernoch.**





Bankgebäude in Frankfurt am Main – Symbole für die Deutschland AG.

Forum: Wirtschaftskultur in Deutschland

Welche Marktwirtschaft brauchen wir?

Seit Kriegsende gilt die „Soziale Marktwirtschaft“ den Deutschen als Garant für Wohlstand, Fortschritt und sozialen Ausgleich. Fünf Millionen Arbeitslose, Kürzungen von Sozialleistungen und der internationale Wettbewerb nähren inzwischen Zweifel: Ist unser Ordnungsrahmen, die Organisation der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Staat und Markt, noch der Richtige? Kann die Soziale Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard erfand, auch heute passende Antworten liefern?



Sie kann – darüber gibt es im Prinzip kaum Dissens. Aber wie die Spielregeln unseres Wirtschaftslebens fortentwickelt werden müssen, ob es mehr Deregulierung und weniger Staat bedarf oder doch einer Bändigung des Kapitalismus oder gar einer neuen Kultur des Wirtschaftens, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Während die einen im Kern auf mehr Markt setzen, heben die Gegner des „neoliberalen“ Gedankenmodells zur Kapitalismuskritik an, fordern mehr soziale Verantwortung der Wirtschaftselite und setzen auf die Gestaltungsmacht der Politik.

Einer der wichtigsten Repräsentanten des Arbeitnehmerlagers kleidet dies in deutliche Worte: „In der Vision des Neoliberalismus geht es nur noch um die Steigerung von Gewinn und Aktienkurs. Der Mensch bleibt als abgeleitete Restgröße der Profitinteressen auf der Strecke“, klagt Jürgen Peters, Vorsitzender der Industriearbeitsgemeinschaft Metall. Schien sich der tra-

ditionelle Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital mit dem Boom der New Economy mehr und mehr aufzulösen, toben nur wenige Jahre später, in Zeiten schrumpfender Verteilungsspielräume, erneut Konflikte um die richtige Form des Wirtschaftens.

„Seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der UdSSR macht niemand mehr dem Kapitalismus das globale Spielfeld streitig – er kann der Welt seinen Willen aufzwingen“, sagt der US-Ökonom Jeremy Rifkin. Und der liberale Vordenker Ralf Dahrendorf



Stakeholder stärken

Ludwig Stiegler, SPD

Meine Antwort hierzu ist eindeutig und entschieden: Wir brauchen Soziale Marktwirtschaft! Das System der Sozialen Marktwirtschaft hat unser Land stark und erfolgreich gemacht. Es hat Wachstum, Wohlstand, sozialen Fortschritt und Stabilität erbracht. Diese erfolgreiche Verbindung zweier sich gegenseitig befruchtender und stabilisierender Elemente, nämlich der Markteffizienz einerseits und der sozialen Teilhabe, der Mitbestimmung und der Arbeitnehmerrechte andererseits ist und bleibt der Königsweg zur Sicherung der hervorragenden Wettbewerbs-, Leistungs- und Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft muss mit Blick auf die rasante weltwirtschaftliche Entwicklung und Globalisierung sowie zur Sicherung ihrer nachhaltigen Zukunftsfestigkeit permanent fortentwickelt werden:

Wirtschaftspolitisches Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft muss dabei das Stakeholder-Value-Prinzip sein, das im Gegensatz zum einseitigen Shareholder-Value-Ansatz neben den Anteilseignern auf gleicher Augenhöhe auch die Interessen der Arbeitnehmer und des Standorts, das heißt insbesondere die des Staates und der Kommunen, erfasst.

Soziale Marktwirtschaft muss wieder die bewährten Werte deutscher Wirtschaftskultur in den Mittelpunkt rücken, nämlich solide, längerfristig orientierte Unternehmensführung verbunden mit ausgeprägtem sozialen und gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein. Dies nutzt allen am meisten: Unternehmen, Arbeitnehmern und Unternehmern.

Ausländische Investoren – die im Übrigen die Vorteile des attraktiven Investitionsstandorts Deutschland tatkräftig zu schätzen wissen – sind hoch willkommen, müssen sich aber an die Spielregeln unserer Sozialen Marktwirtschaft halten. Der Bundeskanzler setzt sich in diesem Zusammenhang auf G8-Ebene dafür ein, internationale Mindeststandards für Hedge Fonds zu schaffen.



ludwig.stiegler@bundestag.de
www.bundestag.de



warnen vor einem „Diebstahl von Teilhaberechten durch die globalisierte Klasse“. Der globale Kapitalismus – eine anonyme Macht, für die die Nationalstaaten nur noch den roten Teppich ausrollen dürfen, damit das scheue Reh Kapital nicht zu einem attraktiveren Standort flüchtet?

Kapitalismuskritik

Viele Wirtschaftswissenschaftler sehen das Ganze nüchterner. Die wichtigste Aufgabe einer Marktwirtschaft besteht nach gängiger Lehrmeinung – vor jeder Sozialpolitik – darin, den Markt möglichst frei zur Entfaltung zu bringen. Nur das ökonomische Ordnungsprinzip Markt kann demnach dafür sorgen, dass sich (wirtschaftliche) Freiheit entfaltet, Kreativität freisetzt und die Lenkungsfunction des Preises eine optimale Güterversorgung der Bevölkerung garantiert.

Jeder nicht marktconforme Eingriff des Staates wird abgelehnt. Das Prinzip „Freiheit“ gilt als wichtigster

Grundwert – und auch als Voraussetzung dafür, dass das Sozialprodukt eine Größe erreicht, die Verteilungspolitik erst möglich macht. Wenn die Marktergebnisse nicht mit den Gerechtigkeitsvorstellungen übereinstimmen, habe im Nachhinein die Sozialpolitik korrigierend einzugreifen. Soweit die Theorie, deren Vorzüge 1776 bereits der schottische Moralphilosoph Adam Smith mit der Metapher der „unsichtbaren Hand“ umschrieb: Das individuelle Gewinnstreben führt in der Summe dazu, dass es der Gesellschaft insgesamt am besten gehe. Das Gewinnstreben gilt folglich als zweites konstituierendes Prinzip der Marktwirtschaft.

Genau hier setzt die Kapitalismuskritik an, die in den vergangenen Monaten angehoben hat – und Umfragen zufolge offenbar den Nerv der Deutschen trifft. Wer sich über schamlose Manager, Unternehmen aussaugende „Heuschrecken“ oder einen „primitiven Geldökonomismus“ er-



Stabilität für die Märkte

Ronald Pofalla, CDU/CSU

Deutschland steht vor den wichtigsten Herausforderungen der Nachkriegsgeschichte. Arbeitslosigkeit und Insolvenzen dürfen in Zukunft nicht mehr die deutsche Wirtschaft prägen. Wir müssen das angeschlagene Schiff Deutschland wieder auf Vordermann bringen und es in sicheres Gewässer führen. Eine unbedachte Kapitalismuskritik und eine pauschale Verdammung von Investoren als Heuschrecken hilft hier wenig weiter, ganz im Gegenteil, jüngsten Umfragen zufolge lässt sie das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft und Politik sowohl in Deutschland als auch im Ausland nur absinken.

Unsere Märkte brauchen Stabilität, und die bietet das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhards Ideen gehören zum Kern christdemokratischer Wirtschaftspolitik. Sie allein hält Maß zwischen Sozialismus und purem Kapitalismus, sie bildet den Ausgleich zwischen Nachwachterstaat und einzwängender Planwirtschaft. Auch in einer zunehmenden weltweiten Vernetzung der Wirtschaftssysteme ist die Soziale Marktwirtschaft das richtige Ordnungskonzept, das Erfolg verspricht.

Nicht zuletzt deswegen hat die Soziale Marktwirtschaft so großen Erfolg, weil sie auf gemeinsamer Leistung und Verantwortung aller Beteiligten beruht. Unternehmensgeist und Leistungsdynamik werden durch sie nicht eingeengt. Der Vater der Sozialen Marktwirtschaft Erhard betont aber auch die Verpflichtung, für jene einzustehen, die unverschuldet in Not geraten sind. Diese „marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialem Gewissen“ hat nicht an Aktualität verloren. Besinnen wir uns also endlich wieder darauf, so viel Freiheit wie möglich und nötig zu gewähren. Dann können wir uns den Herausforderungen der globalen Wirtschaft stellen, ohne Ängste zu schüren.



ronald.pofalla@bundestag.de
www.ronald-pofalla.de



regt, denkt zuallererst an überzogenes Gewinnstreben ohne jede Verhältnismäßigkeit, das alle anderen Ziele dem Profit unterordnet. „Ein System, in dem alles auf eine einzige Kategorie, nämlich Geld, reduziert wird, in Geld wahrgenommen und in Geld bewertet wird“, beklagt der renommierte Managementforscher Fredmund Malik.

Kurzfristiger Ertrag

Der St. Galler Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann drückt es so aus: „Der Macht des Kapitals entspricht der Wille des Kapitals zur unbedingten Renditesteigerung.“ Es gehe darum, dass einige Kapitalgeber alles daran setzen, dass die Gewinne so hoch wie nur eben möglich sind. Eine solche Gewinnmaximierung lasse sich nicht legitimieren, sagt Thielemann. In den Augen der Skeptiker muss also das, was mutmaßlich ökonomisch sinnvoll ist, nicht zwingend moralisch opportun sein – und selbst ökonomisch nicht



immer die weiseste Entscheidung. Was sich bei Adam Smith so wunderbar zum Gemeinwohl fügte, könnte in einer heute ungleich komplexeren Gesellschaft nur mit Einschränkungen gelten.

Kritiker wie Thielemann sehen das Hauptproblem eines ungezügelten, moralisch degenerierten Kapitalismus

darin, dass sich Konzerne ausschließlich an den Interessen der Aktionäre und damit am – kurzfristigen – Shareholder-Value-Prinzip ausrichten. Der Kapitalgeber ist längst nicht mehr eins mit dem Unternehmer – ihn interessiert vor allem der Ertrag des eingesetzten Kapitals, nicht ein über Jahrzehnte gesundes Unternehmen.



Koordination auf EU-Ebene

Thea Dückert, Bündnis 90/Die Grünen

Die Soziale Marktwirtschaft der Nachkriegsära basierte auf kontrollierten Finanz- und Warenströmen und einer eigenständigen Finanz- und Geldpolitik. Heute sind die Rahmenbedingungen andere. Internationale Märkte achten nicht auf nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik und sind von der Politik eines einzelnen Landes auch wenig zu beeinflussen.

Das Rad der Globalisierung können und wollen wir als führendes Exportland nicht zurückdrehen. Um von der Globalisierung weiterhin zu profitieren, muss unsere Perspektive auf zwei Säulen liegen, innovative Produkte einerseits, andererseits ein vielfältiger und breiter Dienstleistungssektor. Der Export von Dienstleistungen über Wissen ist ein starker Wachstumsmarkt. Dazu gehört auch der Export von Know-how zu effizienterer Materialnutzung und zur Nutzung und Förderung erneuerbarer Energien, hier haben wir in Deutschland einen großen Vorsprung.

Auf europäischer Ebene muss es gelingen, notwendige ökologische, soziale und steuerpolitische Rahmenbedingungen Stück für Stück europaweit zu koordinieren. Zum Beispiel müssen wir auf die gestiegene Mobilität des Kapitals mit einer harmonisierten Unternehmensbesteuerung innerhalb der EU reagieren.

Zudem müssen wir uns über die Finanzierung unserer sozialen Sicherung Gedanken machen. Die Steuerbelastung geht zurück, während die Belastung des Faktors Arbeit durch Lohnnebenkosten stetig wächst. Darum müssen wir geringe Einkommen von Lohnnebenkosten entlasten und dies behutsam über Steuern sozialverträglich und gerechtigkeitsorientiert finanzieren.

Um die heutigen Herausforderungen zu meistern, wollen wir eine Kombination schaffen aus mehr Initiative und Eigenverantwortung der Menschen und einer schützenden sozialen Grundsicherung, die in Zeiten schnellen Wandels die notwendige Sicherheit bietet.



thea.dueckert@bundestag.de
www.theadueckert.de

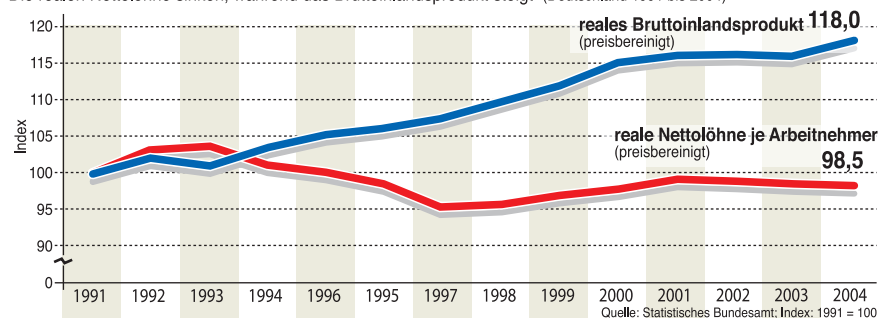


Die Belange der Arbeitnehmer und das Gemeinwohl spielen in der Unternehmensphilosophie folglich keine – direkte – Rolle mehr. So ist etwa Peter Sutherland, Chairman von British Petrol (BP), der Überzeugung, dass eine gleichrangige Berücksichtigung der Stakeholder-Interessen, also der Mitarbeiter, Kunden und der Gesellschaft, dem Unternehmensziel, der Gewinnmaximierung, abträglich ist, das Unternehmen schwächt und damit auch dessen positive soziale Funktion für die Allgemeinheit Schaden nimmt.

„Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist es, ihren Gewinn zu maximieren“, sagt der Ökonomie-Nobelpreisträger Milton Friedman. „Das ist eine große Metaphysik“, hält der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich entgegen: „Wirtschaften ist Mittel und nicht Selbstzweck. Die Gesellschaft gewährt den Unternehmen Freiheit unter der Voraussetzung, dass sie dem Gemeinwohl dienen.“

Wirtschaftswachstum und Reallöhne

Die realen Nettolöhne sinken, während das Bruttoinlandsprodukt steigt. (Deutschland 1991 bis 2004)



Zweifel am Marktsegen

Und eben das kann man durchaus bezweifeln, wenn man den Blick auf die Finanzierung des Gemeinwesens lenkt: Nach Angaben des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) hat sich der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen des Staates zwischen 1960 von damals 34,7 auf heute nur noch 14,8 Prozent

verringert. Der Anteil der Massensteuern (Lohn-, Umsatz- und Mineralölsteuern) hat sich im gleichen Zeitraum von 37,5 auf 76,8 Prozent mehr als verdoppelt. Das heißt: Es sind überwiegend die Bürger, die zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen – während sich die Konzerne immer weiter zurückziehen.

„Unfair ist es, wenn Unternehmen keinen angemessenen Beitrag zu den



Absurde Demagogie

Rainer Brüderle, FDP

Das Wunder der Sozialen Marktwirtschaft begann, als Ludwig Erhard zur vielleicht kapitalistischsten Maßnahme griff und die Preiskontrollen abschaffte. Das sollten wir nicht vergessen, wenn jetzt stärker denn je an der Marktwirtschaft gezweifelt wird. Noch streitet die Linke, ob eine Heuschreckenmentalität à la Müntefering oder bereits ein Raubtierkapitalismus à la WASG/PDS Schuld an allerlei „Ungerechtigkeiten“ sei. Das aber ist absurde Demagogie, die eines vergisst: Es kann niemals pauschal definiert werden, was gerecht oder ungerecht ist.

Der Charme der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, dieses Definitionsproblem elegant zu umgehen. Eine Marktwirtschaft setzt zunächst auf freiwillige Tauschprozesse (also gerade nicht auf Preiskontrollen, Mindestlöhne oder Renditedeckelungen), die insofern gar nicht ungerecht sein können. Gleichwohl haben wir uns dafür entschieden, durch eine anschließende Umverteilung nach der individuellen Leistungsfähigkeit die Marktwirtschaft sozial zu gestalten. Diese Umverteilung erfolgt in unserem Lande auch massiv und tagtäglich. Bei einer Staatsquote von fast 50 Prozent wird immerhin fast jeder zweite Euro nicht von dem konsumiert, der ihn erwirtschaftet.

Wer nun immer noch glaubt, jede verbleibende Einkommensungleichheit als Ungerechtigkeit kritisieren zu müssen, zerstört jeden Leistungsanreiz und damit die Basis für alles Soziale. Zweifellos mögen bestimmte Managergehälter unangemessen hoch erscheinen. Aber kann es nicht sein, dass das eher an zu wenig als an zu viel Marktwettbewerb in den Vorständen und Aufsichtsräten der verquickten Deutschland AG liegt? Die FDP jedenfalls will die Rechte der Eigentümer und die Effizienz der Aufsichtsräte stärken. Wir bekennen uns – auch hier – zu den Marktkräften, die dieses Land reich gemacht haben.



rainer.bruederle@bundestag.de
www.rainer-bruederle.de



Gemeinkosten des Standortes beitragen, an dem sie tätig werden – wenn sie also etwa den Standort Deutschland als Produktionsstätte nutzen, sich durch Gewinnverlagerung aber hier der Besteuerung entziehen“, kritisiert Victor Vanberg, liberaler Ökonom vom Freiburger Walter Eucken Institut.

Auch die Verteilung der Einkommen lässt viele am Segen der „unsichtbaren Hand“ zweifeln. Denn die hat zwar dafür gesorgt, dass die Gewinne der 30 großen DAX-Konzerne 2004 um 117 Prozent gestiegen sind – rund ein Drittel der deutschen Börsenschwergewichte aber insgesamt 20.000 Stellen abgebaut haben. Der Markt hat auch dafür gesorgt, dass die Reallöhne in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren um 0,9 Prozent gesunken sind, die Gehälter der Manager aber kräftig zugelegt haben. „Der Markt ist ein effizienter Koordinationsmechanismus – aber der Markt kann nicht wissen, wofür er effizient sein soll“, sagt Wirtschaftsethiker Ulrich.

Eine Marktwirtschaft braucht Akzeptanz und Vertrauen, um erfolgreich zu sein. Das Vertrauen der Bevölkerung in Manager und Unternehmen jedoch hat zuletzt spürbar abgenommen. Eine andere Frage dreht sich darum, inwieweit ein Wirtschaftssystem, das sich ausschließlich an den Interessen der Aktieneigentümer orientiert, überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Der Mensch als Vermögen

„Eigentum verpflichtet“, heißt es in Artikel 14, und „sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Thielemann ist der Auffassung, dass die ausschließliche Berufung auf das Shareholder-Value-Prinzip zumindest „den Geist dieses Grundsatzes“ verletze.

Vanberg kritisiert zwar ebenfalls kurzfristige Renditemaximierung. Doch der liberale Wirtschaftswissenschaftler hat mehr Vertrauen in die Selbstheilungskräfte der Märkte: „Das

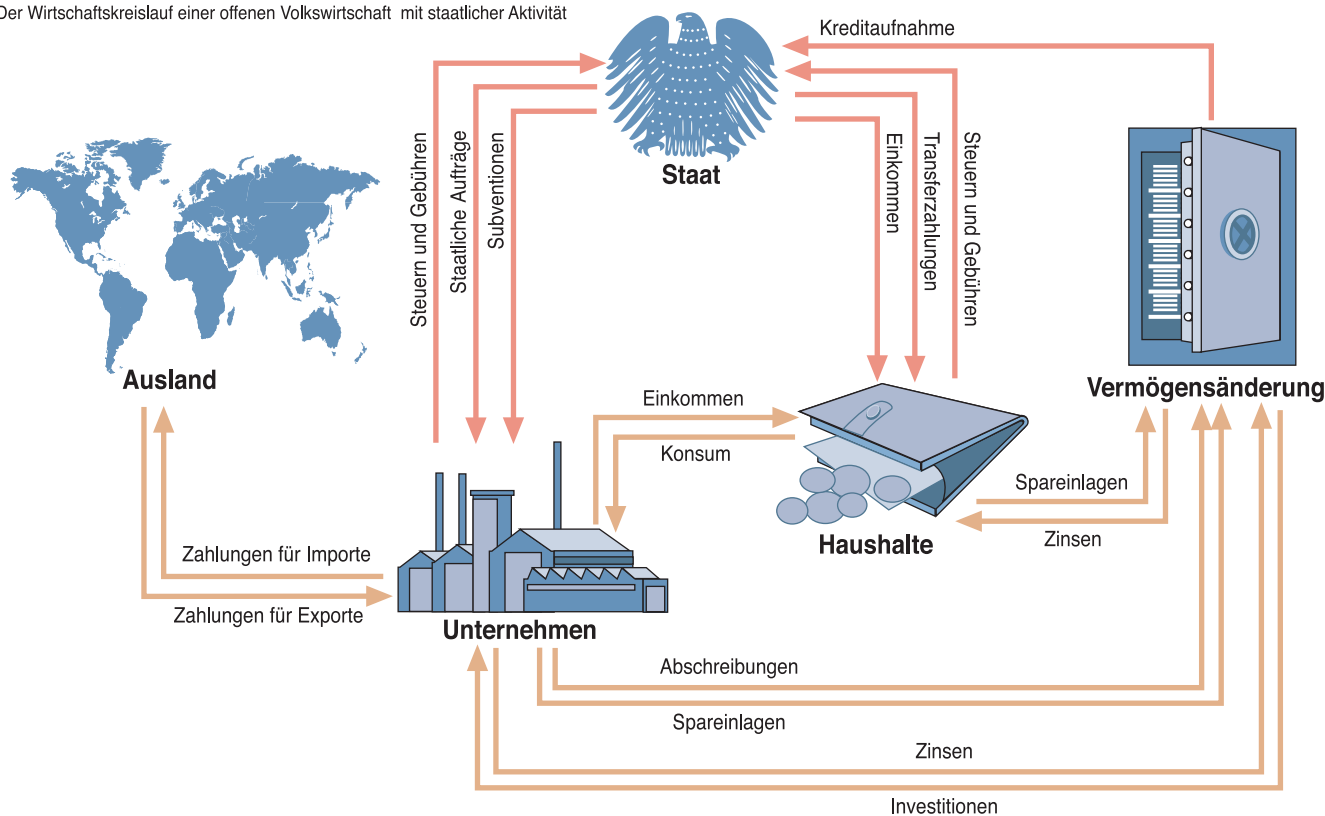
Unternehmen wird wegen der falschen Strategie langfristig weniger verdienen oder gar vom Markt verschwinden.“ Wenn man allerdings der Auffassung des verstorbenen Papst Johannes Paul II. in seiner 1991 erschienenen Sozialenzyklika „centesimus annus“ folgt, dass Menschen „das kostbarste Vermögen des Unternehmens darstellen“ – dann muss die Frage erlaubt sein, ob vor Insolvenz und Massenentlassungen der Markt nicht doch gewisser Leitplanken bedarf, mit denen das Gewinninteresse in gesellschaftlich akzeptablere Bahnen gelenkt wird.

Heute kann man nur mutmaßen, wie Ludwig Erhard auf die neuen Herausforderungen reagiert hätte: Der Sinn der Sozialen Marktwirtschaft jedenfalls bestand für ihn darin, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen gegenüber dem Ganzen zu verbinden.“

Text: Peter Hahne, Fotos: Picture-Alliance, Grafiken: Karl-Heinz Döring

Die Ordnung der Wirtschaft

Der Wirtschaftskreislauf einer offenen Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität





D E B A T T E

Auch wenn Neuwahlen nun verkündet sind – am Verfahren der gezielten Niederlage bei der Vertrauensabstimmung trotz einer vorhandenen Mehrheit gibt es Kritik, manche sehen darin eine Verfassungsmanipulation.

Streitgespräch: Auflösung des Parlaments



Günther Nooke

Kein Vertrauen in die

Blickpunkt Bundestag: Hätten wir uns nicht viel politisches Gewürge ersparen können, wenn das Grundgesetz die Selbstauflösung des Bundestages erlaubte?

Günther Nooke: Die Diskussionen darüber, ob Neuwahlen sinnvoll sind oder nicht, werden immer lebendig sein, egal, wie die Verfassungslage aussieht. Langfristig halte ich das Selbstauflösungsrecht des Bundestages in der Tat aber für den richtigen Weg.

Hans-Christian Ströbele: Tatsächlich war es einigermaßen absurd, dass ich mein Vertrauen in den Kanzler dadurch demonstrieren sollte, dass ich ihm das Vertrauen verweigere. Diese Zumutung habe ich auch nicht mitgemacht. Dennoch bin ich dagegen, dass sich der Bundestag ein Selbstauflösungsrecht zubilligt. Denn dadurch bringen wir das gesamte Verfassungsgefüge durcheinander. Zudem erscheint es mir unangebracht, dass eine Parlamentsmehrheit, wenn für sie die Lage komfortabel erscheint, Neuwahlen ansetzen kann. Dann wären wir beim britischen Modell, das aber nicht zu uns passt.

Blickpunkt: Immerhin ist das Parlament der direkt gewählte oberste Souverän. Warum nicht ihm überlassen, was man jetzt dem Kanzler und dem Bundespräsidenten zuordnet?

Nooke: Ich finde auch, dass man diese wichtige Frage nicht allein dem Bundespräsidenten zuordnen sollte, zumal er ja von vielen Seiten unter Druck gesetzt wird. In meinen Augen ist es ehrlicher, wenn die Abgeordneten als erste Gewalt im Lande diese Verantwortung auf sich nehmen. Die Bedenken des Kollegen Ströbele, dass eine Mehrheit dann nach Belieben wieder Neuwahlen ansetzen kann, teile ich nicht. Erstens muss dem natürlich ein hohes Quorum entgegenstehen; außerdem: So spannend sind Wahlkämpfe nun auch wieder nicht, als dass man sie beliebig vom Zaun brechen würde. Dass mit dem Selbstauflösungsrecht kein Missbrauch getrieben wird, zeigt auch ein Blick auf jene Bundesländer, in denen es dieses Recht schon heute gibt.

Ströbele: Unser ganzes Verfassungssystem mit Fünf-Prozent-Hürde und konstruktivem Misstrauensvotum setzt auf stabile Mehrheiten. Mit der Einführung des Selbstauflösungsrechts würde dieses unterlaufen. Die Parlamentsauflösung soll eine absolute Ausnahme bleiben. Hat eine Regierung die Mehrheit nicht mehr sicher, sollen sich im einmal gewählten Parlament neue Mehrheiten zusammenfinden. Der scheinbar klare Weg der Selbstauflösung führt in die Gefahr des Missbrauchs. Auch hohe Quoren sind kein Schutz. Keine

Wäre es nicht besser, wenn sich das Parlament künftig selbst auflösen könnte? Ist unsere Demokratie nicht gefestigt genug, auf geradem Weg einen Neuanfang einzuläuten? Darüber führte BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Christian Ströbele, und dem CDU/CSU-Abgeordneten Günter Nooke, kultur- und medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion.



Vertrauensfrage?

Hans-Christian Ströbele

Das Gespräch führte Sönke Petersen. Fotos: Photothek

Opposition wird es politisch durchhalten, sich einem Antrag der Mehrheit auf Neuwahlen zu verweigern. Eine Opposition, die nicht jede Chance nutzt, zur Mehrheit gewählt zu werden, wird nicht mehr ernst genommen.

Blickpunkt: Ist das Grundgesetz zu stark auf parlamentarische Stabilität fixiert? Immerhin sind die Zeiten der labilen Weimarer Republik seit über 70 Jahren vorbei ...

Nooke: Richtig ist, dass unsere Verfassung ein an den Negativprojektionen von Weimar und der Nazi-Zeit entstandenes Gebilde ist. Von der Grundtendenz ist unser Grundgesetz eine Nachkriegsverfassung. Inzwischen aber sind wir eine gefestigte Demokratie. Und deshalb finde ich, dass wir uns die Rechte, die auch andere Parlamente in der Welt haben, selbstbewusst zubilligen sollten. Ich denke wirklich, dass wir Abgeordnete damit verantwortungsvoll umgehen können.

Ströbele: Mit der bisherigen Regelung sind wir gut gefahren, wenn auch Parlamentsauflösungen in der Vergangenheit verfassungsrechtlich zweifelhaft waren. Vor allem aber: Man kann nicht beliebig ein Stück aus der Verfassung herausbrechen. Dann sollten wir die gesamte Verfassungskonstruktion überdenken, also auch die Fünf-Prozent-Klausel

und die Frage, ob ein, drei oder fünf Direktmandate zum Einzug einer Partei in den Bundestag ausreichen.

Nooke: Ich erinnere daran, dass zwei hohe ehemalige Verfassungsrichter, Benda und Mahrenholz, durchaus eine solche, von anderen Dingen losgelöste Verfassungsänderung für möglich halten. Außerdem hat schon 1976 eine Verfassungskommission das Selbstauflösungsrecht des Bundestages vorgeschlagen. Also sollten wir ruhig etwas mehr parlamentarisches Selbstbewusstsein entwickeln.

Ströbele: Daran mangelt es mir und vielen anderen Abgeordneten bestimmt nicht!

Blickpunkt: Noch einmal nachgefragt: Werden Verfassung und auch das Wort Vertrauen nicht überstrapaziert, wenn – wie bei Brandt 1972, bei Kohl 1983 und nun bei Schröder geschehen – die Vertrauensfrage mit dem Ziel der Ablehnung gestellt wird, obwohl das Vertrauen der Mehrheit in den Kanzler durchaus vorhanden war?

Ströbele: Das ist mit dem Sinn der Verfassung schwer zu vereinbaren. Deshalb haben es sich viele Abgeordnete bei der Abstimmung ja auch nicht leicht gemacht. Jedenfalls gilt das für mich. Ich habe mich nicht danach entschieden, was mein Kanzler oder meine Fraktionsführung gerne hät-



Im Gespräch: Hans-Christian Ströbele ...

ten, sondern was ich für richtig und mit meinem Gewissen für vereinbar halte. Das war ganz schön schwierig.

Blickpunkt: Der Kanzler hatte die Vertrauensfrage ja sehr einsam beschlossen. Manche Abgeordnete empfanden dies als so etwas wie ein „Putsch von oben“, zumindest wenig demokratisch. Liegt hier ein Problem?

Nooke: Ich kann diese Gefühle durchaus nachempfinden. Das Ergebnis ist ja auch, dass sich der Kanzler verzockt hat. Denn er hat mit seinem Weg nicht uns als Opposition, sondern vor allem das eigene Lager in Unruhe versetzt. Das ist eben so, wenn man mit den Institutionen des Staates so umgeht wie er und wenn man ein Spieler ist und dabei nicht so sehr an die Verantwortung für das Land denkt. Dennoch will ich als Oppositionspolitiker auch anerkennen, dass es gute Gründe für Schröder gibt, sich einen ordentlichen Abgang zu organisieren und gut in die Geschichtsbücher einzugehen.

Ströbele: Das ist ja freundlich von Ihnen, Herr Kollege Nooke. Auch ich habe gleich nach der Ankündigung des Kanzlers gesagt: So geht es nicht. So salopp kann man mit dem Grundgesetz nicht umgehen. Man darf sich die Verfassung jetzt auch nicht einfach zurechtbiegen. Ich bleibe dabei: Das Grundgesetz sollte nicht geändert, sondern so angewandt werden, wie es heute ist. Zwar halte ich eine Diskussion über eine Verfassungsänderung für legitim; aber wenn wir diese bei einem zentralen Punkt verändern wollen, muss man insgesamt an die Fragen der Rechte des Parlaments und

über die Kautelen seiner Wahl reden.

Blickpunkt: Dass bislang die Bundespräsidenten trotz verfassungsrechtlicher Bedenken das „Spiel mit der Vertrauensfrage“ mitgemacht haben – könnte das auch daran liegen, dass sie bei einem Selbstauflösungsrecht des Bundestages selbst ein Stück Machtverlust erlitten, weil sie aus dem parlamentarischen Krisenmanagement ausgeschaltet würden?

Ströbele: Keine Frage: Die Befugnis zum Auflösen des Bundestages ist sicher das wichtigste politische Recht, das der Bundespräsident nach unserer Verfassung hat. Hier hat er eine wichtige Rolle und hat eine essenzielle Machtbefugnis.

Nooke: Tatsächlich gibt es wenige Entscheidungen in Deutschland, die von einer einzigen Person abhängen. Dies

ist eine. Dennoch würde ich keinem Bundespräsidenten unterstellen wollen, er oder sein Amt würden aus persönlichen Machterwägungen heraus Entscheidungen treffen. Da bin ich denn doch institutionen gläubig. Im Übrigen glaube ich nicht, dass bei einer Grundgesetzänderung zugunsten eines Selbstauflösungsrechts das Machtgefüge der Institutionen auch zum Bundespräsidenten hin wirklich in Gefahr geriete.

Ströbele: Doch, Sie machen damit den Bundespräsidenten noch mehr zum reinen Notar! Sie würden ihm das einzige wirkliche Entscheidungsrecht nehmen. Deshalb müssten wir wirklich in diesem Fall die Verfassung insgesamt neu austarieren.

Blickpunkt: Wie hoch müsste – sollte es ein Selbstauflösungsrecht geben – die Hürde dafür sein: Bei einer Zweidrittelmehrheit oder noch höher?

Ströbele: Ich bleibe bei der Ablehnung. Deshalb müsste sie möglichst hoch sein. Eine Dreiviertel- oder gar Vierfünftelmehrheit wäre angebracht, damit eine Regierungsmehrheit nicht beliebig mit diesem weit reichenden Instrument umgehen kann. Allerdings könnte man dann auch fragen, was vom Selbstauflösungsrecht noch übrig bliebe.

Nooke: Ich hielte eine Dreiviertelmehrheit für richtig. Um so deutlich zu machen, dass dies eine außergewöhnliche Entscheidung des Parlaments ist.



Reden Sie mit beim Thema „Auflösung des Parlaments“:

hans-christian.stroebele@bundestag.de

guenter.nooke@bundestag.de

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

... und Günter Nooke.





Begegnungen im Parlamentsviertel Bekanntschaften

Jeder kennt sie aus dem Fernsehen, die stahlblaue Stirnwand mit der Inschrift „Bundespressekonferenz“, vor der mindestens drei Mal die Woche die Regierung den Hauptstadtjournalisten Rede und Antwort steht. Dabei geht es nicht immer spannungsfrei zu. Politik und Journalismus – das ist eben ein nahes, aber auch schwieriges Verhältnis. Dass dies auch schon vor über 50 Jahren der Fall war, hat jetzt der junge Historiker **Gunnar Möller** fakten- und facettenreich aufgeschrieben. „Wir sind doch kein exklusiver Club!“ lautet der Titel seines Buches, das er vor zahlreichen Gästen im Saal der Bundespressekonferenz vorstellt.

Die Buchpräsentation gerät fast zum runden Klassentreffen: **Egon Bahr** ist da, der in Bonn selbst einmal Journalist war (für den Rias Berlin). Regierungssprecher **Bela Anda** verrät, dass er zwar nicht wie sein Ur-Vorgänger Felix von Eckardt über einen Papagei namens „Ramses“ verfüge, ansonsten aber mit ähnlichen Problemen konfrontiert sei wie Adenauers langjähriger Sprecher. Denn die Journalisten verlangten damals wie heute mehr Informationen, als die Regierung geben könne (oder wolle).

Auch auf Journalistenseite wurde eine Kontinuität deutlich: die Sorge um ihre Unabhängigkeit. Der langjährige ZDF-Chefredakteur **Reinhard Appel** meint: „Wir Journalisten müssen eine unabhängige Institution sein. Ich kriege noch heute Schüttelfrost, wenn Regierungssprecher von vertrauensvoller Zusammenarbeit sprechen.“ Da lächelt Bela Anda, die Journalisten klatschen Beifall.

www.lit-verlag.de/aktuell/kommunikation

Noch bekannter als die blaue Wand der Bundespressekonferenz ist die Kuppel des Reichstagsgebäudes, eine der wichtigsten Touristenattraktionen Berlins. In der Ferienzeit sind die Schlangen vor dem Eingang besonders lang. **Kevin Groß**, Student und freiberuflicher Mitarbeiter des Besucherdienstes des Bundestages, verteilt Panorama-Flyer in verschiedenen Sprachen und informiert die Menschen, wie lange sie noch warten müssen. „Von hier aus noch eineinhalb Stunden“, verkündet er auf Deutsch und Englisch. Kaum jemand lässt sich davon abschrecken. Eine Besuche-

rin aus Amsterdam betont, sie interessiere sich für Geschichte. Schon deshalb sei ein Besuch der Kuppel für sie ein absolutes Muss. Für alle, die nicht warten wollen, hat Kevin Groß einen Tipp: „Einfach direkt nach der Öffnung, also zwischen acht und neun kommen. Dann geht's ruck, zuck.“

www.bundestag.de/interakt



Besucher vor dem Reichstagsgebäude.

Keine langen Wartezeiten muss man in Kauf nehmen, wenn man dem Deutschen Roten Kreuz Blut spendet – in weniger als einer Stunde hat man alles hinter sich. „Die einzigen Blutsauger, die Leben retten“, nennt Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse** die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Blutspendedienste des DRK, die er zum zweiten Weltblutspendetag ebenso ehrt wie 65 der Blutspender. Sie waren

stellvertretend für die vielen Menschen eingeladen, die beim DRK unentgeltlich Jahr für Jahr 2,5 Millionen Mal ihr Blut lassen. Beim Fototermin in der Abgeordnetenlobby des Reichstagsgebäudes zugegen sind der ehemalige Bundestagsvizepräsident **Rudolf Seiters**, heute Präsident des DRK, sowie die Designerin **Jette Joop**, die zu diesem Anlass eine Ehrennadel entworfen hat.

www.drk-blutspende.de



Bundestagspräsident Wolfgang Thierse mit Jette Joop und Rudolf Seiters.



Drei Fragen an Abgeordnete

Frau Selg, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Mein Lieblingsort in Berlin ist das Pergamonmuseum. Der Besuch des Museums ist immer einer meiner Jugendträume gewesen. Leider hatte ich durch die langjährige Teilung Deutschlands nie die Gelegenheit, meinen Traum in Erfüllung gehen zu lassen. Nach dem Fall der Mauer ist das Museum dann auch einer der ersten Orte gewesen, die ich mir angeschaut habe. Seitdem war ich insgesamt dreimal dort.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Über das wunderbare Bild trauer Eintracht meiner Katze und einer an-

geschleppten Maus friedlich vereint am Fressnapf.

Was soll als Nächstes von ihrem Schreibtisch?

Die ganze unbeantwortete (unangenehme) Post.

Helga Daub (FDP), Jahrgang 1942, ist seit 2002 Bundestagsabgeordnete. Sie ist ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Unterausschuss „Weiterentwicklung der Inneren Führung, politischen Bildung und sozialen Verantwortung für Angehörige der Bundeswehr vor dem Hintergrund des Aufgaben- und Strukturwandels im Einsatz“.



FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG

Helga Dau.

helga.daub@bundestag.de
www.helga-daub.org.liberaale.de



Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich lese gerade „Der Schwarm“ von Frank Schätzing.

Ich lese in der Regel mehrere Bücher parallel. Oftmals ergibt sich das einfach. Ich vergesse ein Buch in Berlin und fange zu Hause dann wieder ein neues an. Das Buch, das ich hier vorstellen möchte, ist jedoch so dick, dass ich es erst gar nicht auf Reisen mitgenommen habe.

Es gibt Bücher, da freue ich mich darauf zu erfahren, wie die Geschichte endet. „Der Schwarm“ von Frank Schätzing ist etwas anders. Bei diesem Buch habe ich mich gefreut, es mit seinen tausend Seiten nicht so bald aus der Hand legen zu müssen. Denn das ist es, was das Lesen für mich bedeutet: Die erzählten Geschichten werden Teil meiner

Gedanken. Sie gehören für eine kurze Zeitspanne sehr intensiv zu meinem Leben und manche bleiben mir lange präsent.

„Der Schwarm“ beginnt mit einem peruanischen Fischer. Was ihn das Leben kostet, wird sehr bald zu einer unheimlichen und existenziellen Bedrohung für den gesamten Planeten.

Frank Schätzing versteht es in diesem Buch überaus geschickt, Fiktion mit Realität zu verweben. Das gelingt ihm nicht zuletzt auf Grund seiner außerordentlich soliden Hintergrundrecherche. Er beschreibt Dinge, die ich aus meiner Tätigkeit als schleswig-holsteinischer Umweltminister selber kenne, wie die Ausweisung von Schutzgebieten auf dem Meer und die hervorragende Arbeit des GEOMAR in Kiel. Darüber hinaus erfährt der naturwissenschaftlich interessierte Leser sehr viel über den aktuellen Stand der

Klimaforschung, Wissenswertes über die Tiefseeökologie und über Methanhydrat als Energieträger der Zukunft. Eine intelligente Lebensform in der Tiefsee erscheint plötzlich durchaus vorstellbar.

Ohne reißerisch zu wirken oder in simple Klischees von Gut und Böse zu verfallen, gelingt es Schätzing auch, die Interessensgegensätze zwischen Umwelt und Wirtschaft abzubilden und daraus ein eindringliches Plädoyer für die globale Nachhaltigkeit zu entwickeln. Auch wenn es Fiktion ist, so ist der Roman so spannend, dass die Geschichte schon fast wieder glaubwürdig ist.

Frank Schätzing, Der Schwarm, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2004, 998 Seiten.

Rainer Steenblock, Jahrgang 1948, war in den Jahren 1994 bis 1996 Bundestagabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und amtierte von 1996 bis 2000 als Umweltminister in Schleswig-Holstein. 2002 kehrte er in den Bundestag zurück. Steenblock ist europapolitischer Sprecher seiner Fraktion.



FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG

Rainer Steenblock.



Die Elf vom FC Bundestag

Doppelpass zwischen den Fraktionen



Geordneter Einzug: der FC Bundestag in weißen Trikots.

Wirklich zufrieden ist Klaus Riegert mit der Vorbereitung nicht. Doch für ein richtiges Training war wieder einmal keine Zeit. Im Mannschaftsbus auf dem Weg ins Stadion hat Riegert mit seinem Team die Strategie und die Aufstellung besprochen. Wenigstens zum Warmlaufen bleiben jetzt noch ein paar Minuten.

Es ist die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause. Zwischen Fraktionssitzungen und Vertrauensfrage steht für elf Abgeordnete an diesem Dienstagnachmittag etwas ganz anderes auf der Tagesordnung: Fußball. Parlamentarische Initiativen heißen hier „Pass in den freien Raum“ oder „Glanzparade“. Die Gegner vom Magdeburger „SV Oldies“ dehnen bereits ihre Muskulatur am Spielfeldrand.

Das Team des FC Bundestag ist im Trikot des Deutschen Fußballbundes im Berliner Friedrich-Ludwig-Jahn-Stadion angetreten, um sich mit den Magdeburger Freizeitkickern zu messen. Auch ohne großes Publikum auf den Rängen geht es professionell zu: Mannschaftskapitän Klaus Riegert von der CDU/CSU-Fraktion begrüßt Schiedsrichter und Gegenspieler. Dann ein Gruppenfoto und – Anpfiff! Nach zehn Minuten steht es 0:1 für die Gäste aus Magdeburg.

Im Tor des FC Bundestag steht Klaas Hübner, Abgeordneter der SPD. „Als ‚roter Torwart‘ habe ich vier ‚schwarze Abwehrspieler‘, mit denen ich ordentlich meckern kann“, sagt Hübner nach dem Spiel mit einem Augenzwinkern. „Nein, das Zusammenspiel klappt prima und das Verhältnis innerhalb der Mannschaft ist freundschaftlich und von gegenseitigem Respekt geprägt.“ Spielregel Nummer eins: Die Politik spielt in der Mannschaft keine Rolle.

Klaus Riegert führt die Bundestagself seit 1997 an, ist selbst mit über 200 Treffern Torschützenkönig der ewigen Bestenliste. Früher machten ihm noch Joschka Fischer und Peter Struck Konkurrenz, doch seit sie in Amt und Würden am Kabinetttisch sitzen, bleibt ihnen keine Zeit mehr für das Kicken mit Kollegen. In Sitzungswochen von März bis November trifft sich die Mannschaft regelmäßig zu Spielen gegen ausgewählte Fußballclubs. Meist steht ein karitativer Zweck im Vordergrund. Aber auch der sportliche Ausgleich zählt. Für Riegert ist es wichtig, sich zwischen Schreibtisch und Sitzungen körperlich zu bewegen. „Es tut gut, wenn man mal so richtig auf den Ball dreschen und dabei die Aggressionen rauslassen kann.“ Einmal im Jahr spielt die Mannschaft auch auf ausländischem Rasen, beim Inter-

nationalen Parlamentarier-Fußballturnier. 1988 war beim Wettkampf in Italien sogar eine Papstaudienz inklusive.

Der FC Bundestag ist Teil der „Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag“. 1951 wurde sie von Abgeordneten und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung in Bonn gegründet. Ob Karate, Skat oder Gymnastik, inzwischen werden für die etwa 1300 Mitglieder rund 20 Sportarten angeboten. Bei allen Disziplinen steht das überfraktionelle Miteinander im Zentrum. „Beim Sport lassen sich politische Gräben spielerisch überwinden“, bestätigt FC-Bundestag-Torwart Klaas Hübner. Parteigrenzen sind auf dem Platz passé.

Das gute Verhältnis innerhalb der Mannschaft hilft im politischen Alltag. „Wenn man nach dem Spiel gemeinsam unter der Dusche steht, begegnet man sich natürlich auch im Plenum ganz anders“, sagt Klaus Riegert mit einem Schmunzeln. Taktische „Fouls“ im Plenum etwa erträgt man dann eher mit Fassung. Spätestens in zwei Wochen wird ja auf dem Platz wieder gemeinsam für das gleiche Ziel gekämpft.

Text: Birte Betzendahl

Fotos: Photothek

Der FC Bundestag sucht den Abschluss.





Experten

Kann die Politik etwas gegen falsche Ernährung tun, Frau Heinen?



Sie muss sogar. Und dafür braucht sie zur Bekämpfung von Über-, Fehl- und Mangelernährung eine Strategie, die ihren Schwerpunkt in der Prävention haben sollte. Natürlich bleibt die Verantwortung beim Einzelnen, aber jeder muss in die Lage versetzt werden, diese Verantwortung für seinen Körper auch wahrzunehmen. Wir wissen seit langem, dass falsche Ernährung sehr häufig die Ursache von Krankheiten ist. Experten schätzen, dass die Kosten im Gesundheitswesen bei rund 7,5 Milliarden Euro jährlich liegen. Hierzulande ist inzwischen jeder dritte Jugendliche und jedes fünfte Kind übergewichtig. Fehlernährung, Bewegungsmangel, Veranlagung und das soziale Umfeld sind dafür die häufigsten Ursachen.

Aber wir verzeichnen auch eine steigende Zahl unterernährter Kinder

und Jugendlicher – nicht selten sind dafür falsche Schönheitsideale der Grund. Und auch viel zu viele alte Menschen sind untergewichtig. So ergab der Ernährungsbericht, dass 25 Prozent der über 75-Jährigen mangelernährt sind. Es ist also längst an der Zeit, etwas dagegen zu tun.

Meine Fraktion hat bereits im vergangenen Jahr einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der darauf zielt, Über- und Fehlernährung, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, zu bekämpfen. Eine Voraussetzung dafür ist die Erstellung einer nationalen Verzehrstudie, die uns bessere Erkenntnisse über Ernährungsgewohnheiten ermöglicht. Verbessert werden muss die Aufklärung an Schulen und die Ernährungsberatung durch Ärzte. Wir müssen Bewegung und Sport noch mehr fördern, den

Schulsport ausbauen und gemeinsam mit der Industrie an Änderungen in der Nahrungsmittelproduktion arbeiten: weniger Fett, kleinere Packungen, bessere Angaben zu den Nährwerten.

Die Politik kann also bessere Rahmenbedingungen schaffen, um Mangel-, Fehl- und Überernährung ins Bewusstsein zu rücken und wirksam dagegen anzugehen. Damit Leib und Seele künftig durch gesundes Essen zusammengehalten werden.

Ursula Heinen, Jahrgang 1965, ist Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie ist dort Beauftragte für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Aufgezeichnet von Kathrin Gerlof

Foto: studio kohlmeier

Alle Funktionsebenen

Nachdem ich nun schon einige Zeit den Blickpunkt Bundestag beziehe, möchte ich erneut eine positive Bilanz ziehen. Jahrelang standen in Europa vor allem die zumeist ehrwürdigen Parlamentsgebäude und ihre Geschichte im Vordergrund bei Veröffentlichungen in Faltblättern oder Broschüren. Ein Phantom des Bundestages kann der BLICKPUNKT nicht erfinden, aber er zeigt alle Funktionsebenen des Hauses bis hinunter zu den Boten – und das ist gut so.

Mir bot der Blickpunkt auch konkrete Informationen, die ich für die deutschen Völkerrechtler verwerten konnte. In meinem Vortrag am 4. Juni in Tutzing über parlamentarischen Pragmatismus ost- und westeuropäischer Parlamente konnte ich dank Blickpunkt in 3 Punkten ergänzen, wie der Bundestag seine Möglichkeiten genutzt hat.

Klaus Pöhle, Generaldirektor a. D.
des Europäischen Parlaments

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: Stefan Thomas
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion: Horst Willi Schors,
Klemens Vogel
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-220,
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68
Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Hans-Dieter Großjohann,
Daniel Kirschner

Online-Produktion: Jan Scharein

Produktion: Thomas Ahlrichs, Lara Bentsen

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:
Reni Pischke
Fax: (030) 65 000-190
E-Mail: r.pischke@media-consulta.com

Druck: Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,
Herzberg am Harz

Redaktionsschluss: 29. Juli 2005

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Deutscher Bundestag: S. 21 (unten), 22 (unten), 23 (unten), 24 (unten), 29, 30; Goethe Institut: S. 3 (unten); Karl-Heinz Döring (Grafiken): S. 24 (oben), 25 (unten); Picture-Alliance: S. 3 (Mitte), 16, 20, 21 (oben), 22 (oben), 23 (oben); Photothek: S. 26-28, 31; studio kohlmeier: Titel, S. 2, 4-15, 17-19, 32

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2005
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Blickpunkt-Abo
Wassergasse 3
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per Rechnung Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift

